

ZEUGENSCHRIFTUM

Name: ZITZEWITZ - MUTTRIN, Friedrich Karl von	ZS Nr. 318	Bd. I	Vermerk:
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

off. Schwestern-Konferenz

Dt. Institut z. Erf. d. Nat.-Soz.

25-718-2

Eisenhof/Arenberg b.Koblenz

28. April 1952 25.IV.52

Prof. Dr.

577

Historische Zeitschrift
München
ARCHIV
1045/53

Sehr verehrten Herr von Sie...!

Gestern Nachmittag sprach ich im Anschluß an unsere Unterhaltung mit meinem Schwager Zitzewitz-Muttrin (Bonn, Koblenzerstr. 117) mit dem sich zu besprechen sich vielleicht gelegentlich auch für Sie lohnen würde, über das Problem der Entlassung Brüning's. Durch seine vielerlei Beziehungen und eine Menge wertvollen Materials, das er gesammelt hat, weiß er über eine Reihe von Fragen gut Bescheid. Seine Auffassung in dieser Frage war mir so interessant, daß ich sie Ihnen nicht vorenthalten möchte.

1) Er ist, wie auch Magnus Braun, ein Gegner der landläufigen Meinung, daß die ostpreussischen Junker bei Hindenburg gegen Brüning intrigiert hätten. Oldenburg-Januschau, der selber von der "Osthilfe" profitiert habe, sei weder gegen die Osthilfe noch gegen Brüning gewesen. Er habe sicherlich den alten Herrn nicht gegen seinen Kanzler aufgehetzt.

2) Der beste Freund Hindenburgs sei der frühere Landeshauptmann von Ostpreußen, Graf Brünneck-Bellschwitz (So J., jetzt: Baden-Baden, Gernsbacher Str. 65) gewesen. Der habe am Tage vor der Entlassung Brüning's 4 1/2 Stunden mit Hindenburg gesprochen. Sie hätten dabei die gesamte Lage erörtert. Weder habe Brünneck gegen Brüning gehetzt noch habe Hindenburg mit einem Wort seine Absicht kundgetan, den Kanzler zu entlassen. Nach Brünneck's Überzeugung hat eine solche Absicht bei Hindenburg nicht bestanden, nur die Absicht, Brüning auf bestimmte Dinge, die dem alten Herrn nicht in den Kram paßten, zu "stellen". Brüning habe in übergroßer Empfindlichkeit die von Hin-

dessen Material gab mir Graf Bunde ebenfalls jetzt

Bal

denburg vielleicht in der schroffen Knappheit des alten Kommandierenden geäußerten Anstände als Beweis empfunden, daß die Grundlage des Vertrauens geschwunden sei, und ohne Versuch einer Rechtfertigung um den Abschied gebeten. Das habe wiederum Hindenburg auf die Palme gebracht. Den Rest habe Schleicher besorgt.

3) Den Anlaß zu der Mißstimmung Hindenburg's wegen der Osthilfe habe eine Denkschrift gegeben, von der mein Schwager eine Abschrift besitzt und die nach seiner Ansicht von Stegerwald stammt. Die Denkschrift selbst sei sachlich, sei aber mit einem recht tendenziösen Kommentar versehen, der aus Kreisen der "PreußenKasse", wahrscheinlich von einem der "Klepperjünglinge" stamme. Er wisse nicht, wer sie Hindenburg in die Hand gespielt habe. Er vermutet: Schleicher.

4) Im Mai 1932 habe in einem Brief an Hindenburg der Leiter der ostpreussischen Siedlungsgesellschaft, Freiherr von Gayl, der spätere Innenminister, Bedenken gegen eine Brüning'sche Notverordnung in Sachen Osthilfe erhoben. In einer Antwort vom 27.V. habe Hindenburg zugesagt, diese Frage nachzuprüfen. Auch von diesen Dokumenten sind Abschriften im Besitz meines Schwagers.

Es war mir interessant, heute in der Zeitung die Erklärungen von Dr. Mau über die Tätigkeit des Instituts und über die Herausgabe des Buchs "Hitlers Tischgespräche" zu lesen.

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

Schimmelpfennig

Dr. Frhr. von Siegler

München 22, den 11.8.1952
Reitmorstr. 29
Tel. 23 201

Herrn

Fritz von Z i t z e w i t z

B o n n

Koblenzerstr. 117

Sehr geehrter Herr von Zitzewitz!

Ihre Adresse erhielt ich durch Ihren Schwager, Graf Schwerin, bei dem ich am Donnerstag auf dem Elisenhof war. Außerdem kenne ich Sie bereits durch Graf Borcke, der mir sein Material über die Brüning-Frage zur Verfügung stellte. Ich bin nämlich am Institut für Zeitgeschichte (Träger Bund und die Länder) tätig, das sich mit der wissenschaftlichen Erforschung der Vorgänge in den Jahren 1919 - 1945 unter besonderem Hinblick auf den NS befaßt.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Liebenswürdigkeit hätten, mir, dh. dem Institut die berühmte Denkschrift zur Verfügung zu stellen, deren Verfasser anscheinend nicht eindeutig bekannt ist. Dabei darf ich gleich fragen, ob sich diese Denkschrift mit der dortigen, die angeblich Freiherr v. Gayl an Hindenburg übermittelte und über die ich Anordnungen im Material von Graf Borcke fand, deckt.

Es wäre sehr erfreulich, falls Sie zufällig einmal nach München kommen sollten und dann bei mir im Institut vorbei kämen. Umgekehrt kann es leicht sein, daß ich wiedereinander nach Bonn komme und würde ich mich dann bei Ihnen melden - haben Sie ein Telefon? Sollte die bewußte Denkschrift nur einmal bei Ihnen vorhanden sein, würden wir sie auch fotokopieren oder abschreiben lassen können.

o/.

00003

Haben Sie zufällig die Adressen von Klepper (Preussenkasse), von Gayl und von Braun?

Mit bestem Dank im voraus für Ihre Liebenswürdigkeit verbleibe
ich

Ihr sehr ergebener

(v. Siegler)

Zitzewitz

Bonn, Loblungerstr. 117

12. VIII. 52

tel. 35977

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1015/53

Institut für Zeitgeschichte
Eingegangen am 14. Aug. 1952
Tgb. Nr. 1022
Li

↑ Adresse schriftl. Kommunikation

Liebt geachteter Herr Sieglar!

Mit besonderem Dank für Ihr Schreiben vom 11. VIII. 52 über die von Ihnen beantwortete Frage die Ihnen etwas gemischten Eindruck machen kann: warum Sie die Dankpflicht Hindenburg an Hindenburg nicht den abgeworfenen Verduldungsmaßregeln? Sie haben ja nicht, was mich aber an dieser Stelle erstaunt wie im übrigen Ihre mündliche Worte zu wissen.

Als warum Sie die in ihrem Schreiben w. Aufsatz nach wie auch die Dankpflicht die Hindenburg ausserordentlich wenig haben wie w. Sie man warum die Hindenburg Verduldungsmaßregeln? Das die Dankpflicht Hindenburg nicht ganz so, möchte ich als Ihre Auffassung - Sie haben die nicht gesehen, auch in der Parade die Hindenburg. Nichts nicht von ihr gefordert. Es mag auch für Zweifel sein ob es die Hindenburg gegeben hat.

Die Dankpflicht die Hindenburg kommt in d. Jahr wie ganz die Hindenburg in meinen Akten. Von Hindenburg für die Hindenburg.

Hindenburg ist über die Hindenburg Hindenburg 1947, - Hindenburg / Hindenburg, Hindenburg. 2-4 ist Hindenburg. Hindenburg ist Hindenburg. Hindenburg was nicht Hindenburg in Hindenburg, ist aber, wie ich glaube Hindenburg Hindenburg Hindenburg.

Die Hindenburg wird mich nicht Hindenburg. Hindenburg ist

Bonn 3. 59. 21.

Mit angedenkter Hindenburg

Ihre Hindenburg

Zitzewitz

22. August 1952

L. Hock
2. Kabinett

Herrn
Friedrich Karl v. Zitzewitz

1022/52/2/v.S./Sch

*Wz. 22.8.52 / 130**

B o n n / Rhein
Koblenzerstr. 117

Sehr geehrter Herr von Zitzewitz!

*Präsident
Mantel
und in
Präsidenten
1952*

Herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 12.8.52. Bezüglich der Denkschrift der Preussenkasse habe ich mich an Herrn Klepper gewandt. Für eine gelegentliche Übermittlung der Denkschrift Gayl, der übrigens jetzt wieder länger in Deutschland sein soll, wäre ich sehr dankbar. Wir würden sie gegebenenfalls fotokopieren lassen. Auch Angaben über die Denkschrift Helfferich wären sehr erwünscht. Sie können sich denken, dass jetzt im Zusammenhang mit den Papen-Memoiren die ganze Frage des Sturzes Brüning wieder aktuell wird. Noch mehr wird dies nach dem baldigen Erscheinen der Memoiren von Brüning und nach dessen erneuter Rückkehr nach Deutschland der Fall sein. Falls ich nach Bonn kommen sollte, freue ich mich schon jetzt, Ihre Bekanntschaft zu machen, danke Ihnen bestens für Ihre Bemühungen und verbleibe mit verbindlichsten Grüßen

Ihr sehr ergebener

(v. Siegler)

*Ergänzungen
Lern Abt. Prof. Borchke / Prof. Brüning
im Haus Brüning*

Institut für Zeitgeschichte

ZS-318-8

F.G. von Zitzewitz - Muttrin

(1) Berlin-Charlottenburg, 14.6.48.
Mommsenstr.1.

Sehr geehrter Herr Fritsch!

Die Ihnen schon von Berlin aus übersandte Erklärung übersende ich nochmals von der englischen Zone aus, damit sie sicher in Ihre Hand kommt.

Mit bester Empfehlung
Ihr
sehr ergebener

1 Anl.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1933/56

00007

Eidesstattliche Erklärung.

Ich, der Unterzeichnete: Friedrich Karl von Zitzewitz - Muttrin,
 wohnhaft in: Berlin - Charlottenburg, Mommsenstraße 1,
 geboren am: 19.2.1888 in Muttrin, Kreis Stolp/Pommern

bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß ich mich strafbar mache,
 wenn ich eine falsche eidesstattliche Erklärung abgebe. Ich erkläre
 an Eidesstatt, daß meine Aussage der Wahrheit entspricht und gemacht
 wurde, um als Beweismaterial dem Militärgerichtshof IV im Justiz-
 palast zu Nürnberg, Deutschland, vorgelegt zu werden.

Ich bin der Schwager des Grafen Schwerin von Krosigk und sein Freund
 seit 3 1/2 Jahrzehnten. Ich glaube, zu einer Aussage berechtigt und
 verpflichtet zu sein, weil ich die Beweggründe zum großen Teil zu
 kennen glaube, die meinen Schwager veranlaßten, seinerzeit das
 Reichsfinanzministerium zu übernehmen und zu behalten, und weil ich
 als tätiger und leidenschaftlicher Gegner der Person und der Politik
 Hitlers die Objektivität zu besitzen hoffe, die für die vorurteils-
 lose Beurteilung des Falles notwendig ist.

Lediglich der Klärung meiner eigenen Einstellung wegen muß ich einige
 Ausführungen zu meiner Person machen. Ich war Freund und Mitarbeiter
 von Dr. Gördeler und gehörte zu dem engeren Kreis der Vertrauten des
 Generals Oster, des Chefs des Stabes des Admirals Canaris.

Schon vor der sogenannten Machtübernahme hatte sich ein kleiner Kreis
 von Männern gebildet, dem ich angehörte, die den Versuch machten, den
 damaligen Oberbefehlshaber des Heeres, den General von Seeckt, zum
 Einschreiten gegen Hitler zu bewegen. Dieser Versuch scheiterte im
 letzten Augenblick an der Unmöglichkeit, einen dem General von Seeckt
 genehmen Chef einer Zivilregierung zu finden.

Der gleiche Kreis versuchte später, den General von Schleicher zu
 verhindern, Herrn von Papen mit der Regierungsbildung zu betrauen.
 Herr von Schleicher handelte seinerzeit in der Vorstellung, daß die
 sich ständig zuspitzenden Gegensätze zwischen dem linken und rechten
 Flügel der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes den Be-
 stand der Reichswehr gefährdeten. Es ist kein Zweifel, daß Herr von
 Schleicher später die Wahl des Herrn von Papen als falsch erkannt hat.



Ich habe meinen Schwager seinerzeit gewarnt, den Posten als Reichsfinanzminister im Kabinett Papen zu übernehmen. Ich weiß aber, daß er das Amt mit schweren Bedenken und nur unter dem schärfstem Druck des damaligen Reichspräsidenten von Hindenburg angetreten hat. Da ihm persönlicher Ehrgeiz vollkommen fremd ist und überhaupt nur in Frage steht, ob seine tiefe Bescheidenheit die durch eine Amtsführung nun einmal gegebene Grenzen nicht bereits überschritt, wird diese Möglichkeit überhaupt aus der Erörterung auszuscheiden haben.

Vollkommen richtig war auch nach meiner Überzeugung sein Entschluß, das Amt im Kabinett Hitler zu behalten. Man vergißt heute so leicht, wie ungeheuer labil die politischen Zustände auch nach der sogenannten Machtergreifung blieben. Auch innerhalb der Opposition gegen Hitler, die übrigens bei der Wehrmacht bis zum Kriegsausbruch jede radikale Lösung möglich machte, war außer einer instinktiven Abneigung gegen die Person, das Auftreten und die Äußerungsformen die Unsicherheit kennzeichnend, was Hitler unternehmen würde. Es konnte tatsächlich alles passieren: Die Entwicklung zu einem Rechtsstaat war ebensowenig ausgeschlossen wie die zum tyrannischen Wahnsinn. Bedeutsam war ferner, daß die in das Kabinett Hitler übernommenen Vertreter der parlamentarischen Rechten das Zeichen völliger politischer Unfähigkeit mit einer Deutlichkeit auf der Stirn trugen, daß auf diese Seite auch nicht die geringsten Hoffnungen gesetzt werden konnten. Es war infolgedessen von entscheidender Bedeutung, daß wenigstens einige wichtige Ämter: also Wehrmacht einschl. des Postens des ~~Stabs~~ des Generalstabs, Finanz, Justiz in der Hand zuverlässiger und vor allem innerlich unabhängiger Persönlichkeiten verblieben. Es war damals keineswegs erkennbar, daß der Aushöhlungsprozeß z.B. in der Wehrmacht derartig schnelle Fortschritte machen würde, daß dieser letztthin entscheidende Faktor praktisch zunehmend aus der oppositionellen Kombination ausschied. Ich betone, daß dies nicht einmal für die Personenkreise erkennbar war, die Hitler für einen Verbrecher hielten.

In ein entscheidendes Stadium traten die Überlegungen meines Schwagers gelegentlich der Morde des 30. Juni 1934. Es war zunächst seine Absicht, aus dem Kabinett auszuscheiden. Im Sinne der Wahrung seiner

persönlichen Einstellung wäre dies unzweifelhaft das Richtige gewesen. Es hätte nach außen hin verlautbart, daß im Kabinett Hitler kein Raum mehr für einen Beamten alter Rechtsauffassung war. Das hätte - wenn man die Dinge sehr äußerlich betrachtet, - eine gewisse Stärkung der Opposition und der Widerstandsbewegung bedeuten können. Ich habe bereits damals den Standpunkt eingenommen, daß angesichts der Haltung des deutschen Volkes von innen her keine Chance mehr bestand, die Politik der dauernden Überraschungen zu ändern. Es handelte sich damals bereits nur noch um die Frage der Beseitigung von Hitler. Sie wäre bis zum Kriege möglich gewesen durch ein Zusammenspiel einer klaren ultimativen Haltung des Auslandes mit dem oppositionellen Teil der Wehrmacht, der zunächst beträchtlich blieb. Aber diese Möglichkeit bestand! In ihr ruhten die letzten Aussichten der Rettung des deutschen Volkes.

Wenn man nicht den Präventivkrieg des Auslandes gegen Hitler bereits 1934 als die allein mögliche Lösung ansah, - und es kann wohl als erwiesen angesehen werden, daß das Ausland zu einem derartigen Kriege weder bereit noch in der Lage war, - dann konnte man das "Sichfestlaufen" der Hitlerschen Außenpolitik am unbeugsamen Widerstand des Auslandes und eine innerpolitische Aktion der Wehrmacht als den allein zu erhoffenden Fall ansehen. Aber selbst, wenn er unwahrscheinlich war: es gab keinen anderen Weg. Er hatte zur Voraussetzung, daß bei einer "friedlichen" Überführung der deutschen politischen Zustände in ein System des Rechts wenigstens einige Inseln des öffentlichen Lebens integer und voll funktionsfähig geblieben waren, also insbesondere Justiz und Finanzen.

Ich habe infolgedessen meinem Schwager geraten, seinen Posten zu behalten. Das Spiel war für andere Lösungen bereits zu hoch geworden.

Was hätte es schon bedeutet, wenn in dem erwänten oder auch in späteren vielleicht geeignet erscheinenden Momenten mit oder ohne Begleitung der Graf Schwerin von Krosigk sein Amt zur Verfügung gestellt hätte! Absolut nichts: weder in der Innen - noch vor allem in der Außenpolitik. Aber für den Entschluß der Wehrmacht, Hitler in engster Bindung an das Ausland zu beseitigen, war es entscheidend, ob sie in einem allgemeinen Chaos handeln mußte oder mit festen Stützen einiger funktionsfähig gebliebener Ämter operieren konnte.

Was bedeutet in dieser Kombination die persönliche Rechtfertigung eines Ministers? Oder die Unterschrift unter einen Rechtsakt, den man unter normalen Verhältnissen nicht vollzogen hätte.

Wer heute von "Gewissen und Verantwortung" spricht, muß wissen, daß diese Begriffe weiterreichen als die Vorstellungen eines politischen Strafrechts: nämlich in der Erschöpfung der letzten Möglichkeiten, einem Volk zu dienen. Wenn in den Kreisen der Widerstandsbewegung oft herbe Kritik an dem Verhalten meines Schwagers geübt worden ist - etwa in dem Sinn, daß seine an sich bekannte Einstellung zu wenig erkennbar sei oder zu wenig energische Äußerungsformen zeigte, so ist schließlich doch immer wieder betont worden, daß nur dann eine negative Beurteilung Platz greifen könne, wenn 2 Tatbestände vorlägen:

Die Duldung eines Verbrechens, das man an sich verhindern kann, - oder die Weigerung, an der inneren Retablierung des öffentlichen Lebens mitzuwirken.

Mein Schwager hat sein Amt aus den Händen des letzten legitimen Trägers einer deutschen Tradition empfangen. Diese Tatsache bedeutete für ihn als einen gläubigen Menschen mehr als die Übernahme eines Postens. Daß man sich eines derartigen Amtes nicht entäußert, um sich ein persönliches Alibi zu verschaffen, oder es fortwirft, um einer politischen Konjunkturänderung genehm zu sein, dürfte ein Zeichen für den Ernst sein, mit dem allein Institutionen gewahrt werden können. Die Pflicht der Wahrung von Institutionen ging über die zeitliche Erscheinung eines Hitlers hinaus.

Wer will heute entscheiden, ob es richtiger gewesen wäre, den von vornherein fruchtlosen Versuch zu machen, beispielsweise ein gesetzgeberisches Unrecht zu verhindern, oder erfolgreich in zahlreichen, vielleicht sogar zahllosen Fällen in der Durchführung des gleichen Gesetzes Schäden zu heilen!

Ich habe nach Möglichkeit vermieden, meinen Schwager in Gewissenskonflikte zu bringen. Aber es ließ sich in einer Reihe von Fällen nicht vermeiden, Fragen zu erörtern, die das Gebiet der Widerstandsbewegung unmittelbar berührten. Es war im übrigen meinem Schwager wohlbekannt, welche Einstellung ich hatte. Ich will nur ein Beispiel anführen:

ich hatte es übernommen, für den ersten Träger der Widerstandsbewegung, den Generalobersten Beck und andere oppositionelle Männer der Wehrmacht laufend zuverlässiges Material über die tatsächliche Lage der Landwirtschaft zusammenzustellen. Die Kenntnis dieser Lage war für die Entscheidungen der Widerstandsbewegung fast ebenso wichtig wie die Unterrichtung über die außenpolitische Lage. Ich konnte diese Aufgabe nur erfüllen, wenn meine Organisation von dem Zugriff des Reichsnährstandes verschont blieb. Die Sicherung der völligen Unabhängigkeit meiner Arbeiten verdanke ich ausschließlich meinem Schwager, dem ich ebenso wie dem Generalobersten Beck das Material und die gewonnenen Erkenntnisse zuleitete - in der Gewißheit, daß die Arbeiten bei ihm auf die gleiche Beurteilung stießen.

Wenn ich heute gefragt werde, ob ich im Interesse des Widerstands gegen Hitler das Verbleiben im Amt oder das Scheiden aus dem Amt von seiten meines Schwagers seinerzeit für richtig hielt, so stehe ich nicht an zu betonen, daß ihm im wesentlichen die Erhaltung der ländlichen Opposition zu verdanken ist, die wahrscheinlich schon vor dem Kriege dem Druck der Besteuerung und der Ingerenz des Reichsnährstandes erlegen wäre. Mein Schwager wußte sehr wohl, was er tat. Daß er sich im Hintergrunde hielt und seine zum Teil guten Beziehungen zu Persönlichkeiten des Vertrauenskreises um Hitler ausnutzte, ist ausschließlich positiv zu werten. Wären zu der deutschen Widerstandsbewegung rechtzeitig die anderen notwendigen Komponenten getreten und hätte das Unglück des Krieges damit verhindert werden können, stände der Graf Schwerin von Krosigk heute nicht auf der Anklagebank.

Die Frage ist somit beantwortet.

Wendy Bae v. Zitzewitz

Umstehende

Umstehende vor mir anerkannte Namensunterschrift
des Herrn Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin,
Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 1, beglaubige
ich hiermit.

Berlin, den 10. Juni 1948

No. 341 der Urkundenrolle für 1948



F. Wülfel
Notar im Bezirk des Kammergerichts.

Kostenrechnung
Wert RM 500.--

1. Gebühr §§ 26, 39 RKO. v. 25.11.35.	RM	2.--
2. Umsatzsteuer 3%	RM	-.06

Sa.: RM 2,06

Der Notar

F. Wülfel

Friedrich Karl von Zitzewitz-Muttrin

Zitzewitz

Bonn, Löhlenzstr. 117.

25-318-14

25. VIII. 52

ZS
Zitzewitz

Achtung

Herrn Grafen von Sinsler!

Als Herr des Hauses Gayl an Hindenburg Platz bei
Anlage des Frankenkalkendruckes, dem Entzug der
Zwischen, wird eine gewisse Vorzug anzuwenden sein.

Mit angelegentlichster Empfehlung

Ihr sehr ergebener

Zitzewitz

Das ist die abstrakte dem Mit
Graf Borcke bekannte Darstellung
des Herrn Gayl, die vielleicht ein
wichtige Teilbeitrag einer neuen Bearbeitung der
und Gayl vollen in seinen Posten als
Bundeminister mitverfolgt hat.
Gayl ist seit 1950 gestorben

Institut für Zeitgeschichte			
Eingeg. am 27. Aug. 1952			
Tgb.-Nr. 1022			
He			

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
2057/57

00013

U

HO

M.
2016
HO

Abschrift!

des von mir am 24. Mai 1932 im Reichsratszimmer an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg mit Tinte auf Reichratsbogen geschriebenen Briefe, dessen Konzept in Bleistift geschrieben, mit Korrekturen in Tinte sich in meinem Besitz befindet. Es ist möglich, daß in der Reinschrift, die sich in den Akten des Büros des Reichspräsidenten befinden muß, das eine oder das andere Wort anders lauten kann. Nach meiner bestimmten Erinnerung habe ich aber die Reinschrift wörtlich dem vorliegenden Konzept entsprechend abgeschrieben. Der Brief ist am späten Nachmittag des 24. Mai dem Staatssekretär Meissner übergeben und von ihm am selben Abend nach Neudeck mitgenommen. Der Brief lautet:

Hochzuverehrender, hochgebietender Herr Generalfeldmarschall! Herrn Generalfeldmarschall bitte ich gehorsamst eine schwere Sorge vortragen zu dürfen, die heute weite Kreise des Ostens und der deutschen Wirtschaft bewegt.

Das Reichskabinett berät zur Zeit den Entwurf einer Verordnung des Reichspräsidenten über die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung auf Grund des Art. 48, Abs 2, deren § 2 eine Bestimmung enthält, welche der Oststelle das Recht gibt, in die nicht mehr umschuldungsfähigen Grundstücke, ohne Antrag der Gläubiger, von sich aus die Zwangsversteigerung zu betreiben. Selbst wenn Gläubiger und Schuldner einig sind, kann künftig eine Behörde, ohne selbst Gläubigerin zu sein, wider Willen aller Beteiligten die Zwangsversteigerung betreiben und nicht nur den Besitzer von Haus und Hof vertreiben, sondern auch die Gläubigerforderungen unter den Tisch fallen lassen.

In weiteren Paragraphen sind gewisse Entschädigungsmöglichkeiten für die Gläubiger eingebaut. Praktisch ist der Nutzen der Neuordnung gering.

In weiteren Paragraphen sind gewisse Entschädigungsmöglichkeiten für die Gläubiger eingebaut. Praktisch ist der Nutzen der Neuordnung gering.

Nach vielen, schweren Eingriffen der früheren Notverordnungen in das Privateigentum bedeutet das neue Zwangsversteigerungsrecht der Behörde einen weiteren Eingriff und neues Abgleiten in den Sozialismus.

Durch das Bekanntwerden des Entwurfs sind weite Kreise des Ostens in Landwirtschaft und städtischem Mittelstand schwer beunruhigt. Die Zermürbung der Seelen macht im Osten furchtbare Fortschritte. Sie wirkt allmählich auf die Widerstandskraft der Kreise, welche bisher Träger des nationalen Wehrwillens gegenüber den Polen sind. Diese Beobachtung ist auch den militärischen Stellen nicht entgangen. In dieser kritischen Zeit müßte alles vermieden werden, was irgendwie den Widerstandswillen schwächt.

Bei dieser Sachlage wage ich den Herrn Generalfeldmarschall gehorsamst und dringend zu bitten, die Verordnung einer besonderen Prüfung zu unterziehen, ob nicht die Zwangsversteigerungsbefugnis auszuschalten ist, um der Verordnung den Charakter einer verschleierte Enteignungsbefugnis zu nehmen.

Herr Generalfeldmarschall wissen, daß ich nur selten und nur in Notfällen um Gehör gebeten habe. Ich darf daher bitten, dieses Schreiben gütigst als Ausfluß besonderer Sorge betrachten zu wollen.

In der Hoffnung, daß Herr Generalfeldmarschall auf der Heimaterde gute und nachhaltige Erholung finden, verbleibe ich in alter, aufrichtiger Verehrung des Herrn Generalfeldmarschalls gehorsamster

gez. Frhr. von Gayl.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4703/71	Best. ZJ 318
Rep.	Kat.

Die landwirtschaftliche Haupttreuhandstelle.

Die Ausdehnung des landwirtschaftlichen Beratungswesens zu einer Institution der Betriebs- und Kreditbetreuung mit einem Zuständigkeitsbereich, der der Nutzfläche mehrerer Provinzen entsprach, war eine Folge des landwirtschaftlichen Zusammenbruchs, mit dem sich die "Osthilfe" abzufinden hatte.

Um das Ausmaß der entstandenen Schwierigkeiten in das Gedächtnis zurückzurufen, sollen einige Zahlen angeführt werden:

Nach einer Statistik der Rentenbankkreditanstalt betrug die Verschuldung im Osten des Reichs (1930)

bei 610.000 ha über 150 %,
bei 1.190.000 ha über 100 % des Einheitswertes.

Das entsprach der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Oberschlesien und beiden Mecklenburg. Diese Verschuldung trugen flächenmäßig der Großbesitz und der Mittel- und Kleinbesitz etwa zu gleichen Teilen.

Das Versteigerungsergebnis dieses Zeitabschnitts ergab im östlichen Bereich im Durchschnitt 72 % des Einheitswerts = 87,2 Mio.. 30 Mio., fast die Hälfte, fielen aus.

1931 wurden Zwangsvorsteigerungen eingeleitet, die eine Nutzfläche von 412.000 ha betrafen. Das entsprach etwa dem landwirtschaftlichen Bereich von Grenzmark-Posen-Westpreußen.

In Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und beiden Mecklenburg sank der Preis v.ha auf 138,-- RM im Durchschnitt. Die Versteigerung von Provinzen war neu.

Der Personalkredit, insbesondere der genossenschaftlichen Organisationen befand sich weit über den späteren Osthilfebereich hinausreichend zur Hauptsache im deckungsfreien Raum. Innerhalb der großen Streuungsbreite der landwirtschaftlichen Verschuldung bröckelte auch die Sicherheit des Realkredits beängstigend ab.

In der Landwirtschaft selbst gab es ein bisher unbekanntes Durcheinander von gegenseitigen Verpflichtungen, Wechselbürgschaften usw., das die Gefahrenzone bis in die gesunde Schicht vergrößerte.

Die bisherigen Beurteilungsmerkmale von Wert und Leistung des Betriebs begannen sich zu verschieben. Pünktliche Zahlung, mit freundlicher Befriedigung des Gläubigers entgegengenommen, erfolgte häufig auf Kosten des lebenden Inventars und hinterließ alsdann ein unausfüllbares Loch. Über Bodenwert, Einheitswert usw. schwankte in tollen Kurven die sich von allen bisherigen Wertvorstellungen lösende effektive Leistungsmöglichkeit, sodaß sich ein neuer Begriff in die Kreditwürdigkeit einschob: die von Dr. Fensch vom deutschen Landwirtschaftsrat geprägte Zinsleistungsgrenze. Sie wurde nicht nur zu einem schnell begreifbaren Wertmesser, vielmehr auch zu einem Warnsignal für Gläubiger und Schuldner, wenn die Investitionsfreude lebhaft auf den Kreditzins stieß. Aber sie befand sich in keinem Register, sondern bedurfte der örtlichen Feststellung mit neuen Ordnungsmomenten. Das war nicht immer einfach.

Dies als Beispiel für den notwendigen Wechsel in der Beurteilung der Leistung in Bezug auf den Kredit.

Es kam aber weiterhin darauf an, daß bei den Überlegungen der Leistungssteigerung das eigene Verdienststreben seine Rolle behielt, daß man sich also die einkommensfördernden Rechnungen und Wirtschaftsumstellungen auch dort zu eigen machte, wo das Ergebnis am Gläubiger vorbei in die eigene Tasche floß.

Von den am 31.III.1943 betreuten bzw. kontrollierten landwirtschaftlichen Großbetrieben, - 1601 Wirtschaften mit ca. 500.000 ha landw. Nutzfläche - hatten 408 = 24 % die Betreuung nicht als Auflage, sondern freiwillig übernommen. Damit war ein wesentliches Ziel der Betreuungsorganisationen greifbar geworden, die Tugend neben den Zwang zu stellen.

Der Gang der Osthilfegesetzgebung war kurz folgender:
Zunächst begann 1922 in Ostpreußen die Durchführung eines
sogen. Hilfsprogramms, 1928/29 bekam die erste Ostpreußen-
hilfe ihre gesetzliche Grundlage, 1930 erschien eine Notver-
ordnung, durch die neben Ostpreußen Gebiete von Schlesien,
Brandenburg und Pommern in die Osthilfe einbezogen wurden,
am 31.III.1931 wurde das eigentliche Osthilfegesetz er-
lassen, das am 17.XI. 1931 durch die Sicherungsverordnung
ergänzt werden mußte. In der Sicherungsverordnung wurden
insbes. Zwangsversteigerungen von Betrieben für die Dauer
des Osthilfeverfahrens ausgesetzt. Für einen Käufer, der
Verfahrensspesen und Anlaufkosten aufbringen konnte, war
es unzweifelhaft reizvoll, Betriebe in der Versteigerung
zu etwa 60 % des Einheitswerts zu erwerben (Durchschnitt:
72 %). Akkumulierte Höchstzinsen, Zinseszinsen und Einbaus-
einandersetzungen spielten nach dem Geschäftsbericht 1932/
33 der Bank für Deutsche Industrieobligationen bei derarti-
gen Zugriffen eine besondere Rolle.

Am 5.XI. 1931 wurde der Reichsminister für Ernährung und
Landwirtschaft, Schlange-Schönningen, Reichskommissar für
die Osthilfe.

Am 1.VI.1933 erschien dann ein Rahmengesetz für die Rege-
lung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse mit Gel-
tung für das ganze Reichsgebiet.

Es muß in diesem Zusammenhange betont werden, daß nicht
etwa ein Minister oder ein Landwirt, sondern der rhein.
Großindustrielle Dr. Silverberg den Motor zur durchschlagenden
Hilfeleistung anspringen ließ, indem er vorschlug, daß
die große Industrieumlage, die zunächst eine Leistung an die
Sieger des 1. Weltkrieges war und alsdann an das Reich ge-
zahlt wurde, über die Bank für Industrieobligationen dem
landwirtschaftlichen Sanierungsprozeß zugeführt werden
sollte.

Wer die Begründung Silverbergs in der entscheidenden Sitzung im Ministerium für Landwirtschaft gehört hat, wird sich der überzeugenden Argumentation dieses genialen Kenners volks- und weltwirtschaftlicher Gegebenheiten dankbar erinnern.

Nun war Geld da! Was noch wichtiger ist: es wurde die erste Verbindung Industrie-Landwirtschaft der jüngeren Zeit geschaffen, die dann später im Reusch-Kreis ihre politische Fortsetzung fand.

Im Geschäftsbericht der Deutschen Industriebank (der spätere Name der Bank für Industrieobligationen) über das Geschäftsjahr 1.IV.1938 - 31.III.1939 findet sich der Nachweis der Gesamtzahlungen an Entschuldungsdarlehen der Osthilfe mit 41.427 Verfahren und der Kreditsumme von 561.573.636 RM.

Es findet sich in dem gleichen Bericht die Feststellung: "Wir konnten unsere Verwaltungstätigkeit stärker auf die Wahrung unserer Gläubigerrechte beschränken und die wirtschaftliche Beobachtung und Beratung auf die früheren Entschuldungsverbände, jetzt "Landwirtschaftliche Treuhandverbände", legen." ¹⁾

Damit war einmal die höchste Summe dokumentiert, die von einem Geldgeber in die Osthilfe eingebracht wurde, zum anderen war die Organisation der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung angesprochen, die im Bereich der Osthilfe die Aufgabe des Treuhänders wahrzunehmen hatte. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsprüfung und Kontrolle gab es beachtliche Vorgänger. Die Treuhandverbände aber waren in diesem Bereich die ersten Gebilde der Selbstverwaltung auf gesetzlicher Grundlage mit festgelegten Kompetenzen und einer bisher unbekanntem Reichweite der Arbeit. Der soeben genannte größte Einzelposten, der ihrer Fürsorge anvertraut wurde, war privates Geld. Es ist eindringlich davor zu warnen, diese Summen mit dem Gleichmut zu betrachten, der heute bei der Entgegennahme größerer Zahlenbilder üblich ist.

1) Die Entschuldungsverbände hatten im Rahmen der Gesetzgebung bestimmte Verfahrens-Kompetenzen.

Die Leistungen des Reichs im Osthilfesektor konnten nicht genau festgestellt werden. Der größte Posten bestand in der Übernahme der völlig unsicher gewordenen Forderungen der Genossenschaften (400 Mio), damit diese besonders wichtigen Gebilde wieder auf vernünftiger Grundlage bilanzieren und arbeiten konnten. Was aber von diesen ursprünglichen Genossenschaftsforderungen im Osthilfeverfahren realisiert wurde und was verloren blieb, konnte nicht belegt werden. Ein Verlust von 200 Mio ist die Mindestsumme. Dazu kamen die sogen. Überhänge bei Erbhöfen nach dem Erscheinen der Nazis und die Erstattung der Verfahrenskosten an verschiedene Empfänger u.a.. Insgesamt werden die Leistungen des Reichs zwischen 400 und 450 Mio liegen.

1938 wurden der landwirtschaftlichen Haupttreuhandstelle des deutschen Ostens G.m.b.H., der Spitzenorganisation der Treuhandverbände vom Reichsfinanzministerium und Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Darlehnsüberwachung folgender Posten übergeben, die im wesentlichen Eigentum der öffentlichen Hand waren. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

"An die
Landwirtschaftliche Haupttreuhandstelle
des deutschen Ostens G.m.b.H.

B e r l i n

I. Wir beauftragen Sie mit der Überwachung der nachfolgend aufgeführten Darlehen, soweit sie an bäuerliche oder landwirtschaftliche Betriebe im Osthilfegebiet begeben sind und begeben werden:

1. der im Osthilfeverfahren von den Kommissaren für die Osthilfe (Landstellen) gegebenen Kredite aus Betriebssicherungsmitteln,
2. der im Zug der Osthilfe auf das Reich übergegangenen Genossenschaftsforderungen,
3. der aus dem Sondervermögen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt gewährten und noch zu gewährenden Kredite,

4. der aus Reichsmitteln durch die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt begebenen und noch zu begebenden Betriebsaufbaukredite,
5. der vom Reich garantierten Darlehen aus der Umschuldungsanleihe der Deutschen Landesbankzentrale von 1928,
6. aller Darlehen, die aus Mitteln des Reiches oder mit Gewährleistung des Reiches in Zukunft begeben werden.

II. Ferner beauftragen wir Sie mit der Überwachung der auf Grund des Schuldenregelungsgesetzes vom 15. April 1933 entschuldeten Erbhöfe und landwirtschaftlichen Betriebe. "

Diese Dokumentation beendete eine Auseinandersetzung zwischen Sonderbeauftragten, dem Reichsnährstand, den Berliner Ämtern und wem auch immer, in der es nichts gab, worüber man sich nicht geeinigt hätte, was alsdann aber regelmäßig mit wechselnder Begründung oft von den gleichen Persönlichkeiten widerrufen wurde, die vorher ihre Zustimmung gegeben hatten. Der Gefahrenlage, in der sich die Landwirtschaft des Ostens befand, entsprach dieser Meinungstaumel nicht.

Es handelte sich schließlich um ein latentes Spiel mit Masken aus der diktatorischen Serienproduktion. Niemand wußte, offenbar, was die Masken darstellten und was sie verbergen sollten, wenn man sie sich allzu eilig aufsetzen mußte. Schließlich aber siegte der Geldgeber und damit die Vernunft.

Im Endergebnis sah die landwirtschaftliche Haupttreuhandstelle in Bezug auf ihre Gesellschafter folgendermaßen aus:

- 1.) Deutsche Industriebank,
- 2.) Deutsche Zentralgenossenschaftskasse,
- 3.) Deutsche Rentenbank,
- 4.) Zentrallandschaftsbank,
- 5.) Stickstoffsyndikat,
- 6.) Kalisyndikat,
- 7.) Reichsnährstand,

- 8.) Wirtschaftsgruppe Zuckerindustrie,
- 9.) Vereinigung der Landlieferungsverbände,
- 10.) Fachgruppe Kartoffelbrennereien,
- 11.) Treuhandverbände Grenzmark, Brandenburg-Sachsen-Anhalt,
- 12.) Pommern, Schlesien, Land Sachsen, Mecklenburg,
Oberschlesien.

Die Haupttreuhandstelle hatte in den provinziellen Treuhandverbänden die Mehrheit der Gesellschafteranteile.

Der Aufsichtsrat setzte sich zusammen aus den Ministerialräten Bayrhofer, v. Knorre und Harnack vom Finanzministerium und dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Brummenbaum vom Reichsnährstand, Dr. Kießler von der Rentenbank, Dr. Keichel und Dr. Koch von der Industriebank, Dr. Helferich von der Zentralgenossenschaftskasse, Dr. Matzke vom Vierjahresplan, Generalmajor Osterkamp vom Oberkommando der Wehrmacht, Herr Thormann-Gr. Stieten als praktischer Landwirt. Den Vorsitz führte Herr Thormann.

Diese Zusammensetzung ergab ein ansprechendes und recht buntes Bild.

Nach einigen Umstellungen bestand ab 1938 der Vorstand aus den Herren

Friedrich Karl v. Zitzewitz,

Dr. Wittkopf, als Vertreter des Reichsnährstandes

Heinrich Schulz-Fährdorf.

Es kam auch in dieser Vorstands-Kombination darauf an, lange und gerade Linien in einem Mosaik zu finden. Die Bedeutung der überall ringsum angelaufenen Arbeit und die früh sichtbaren Erfolgsmethoden überdeckten politische Gegensätze, an denen in Schwächemomenten sich der eine oder andere festzuhalten versuchte. Nachdem fast ein Menschenalter seit dem berührten Zeitabschnitt vergangen ist, steht der gemeinsame Wille zur Hilfe im Vordergrund.

Nun darf man sich nicht etwa vorstellen, daß die Arbeit ohne Störungsversuche durch die Nazis vor sich ging, deren Ausschließlichkeitsbepanzerung immer ansehnlicher wurde.

Der Start war s.Zt. dadurch besonders glücklich, daß der Landwirtschaftsminister und mein Freund Schlange-Schönningen Osthilfekommissar war und der Arbeit der Verbände von vornherein erhebliches Interesse schenkte. Die nachhaltigste Freundschaftsstütze war indessen der Finanzminister, der durch seine hervorragenden Ministerialräte die übrigen amtlichen und berufsständischen Zuständigkeiten in Schuß brachte, namentlich wenn die Bewerber um die Spitzenpositionen der Nazi-Leiter sich mit allzu eiligen Klimmzügen vom Boden der sachlichen Gegebenheiten lösten.

In der Ablehnung unberechtigter Einflußnahme des Reichsnährstandes blieb auch der Vorstand der L.H.T. zunächst völlig geschlossen, wie aus zwei Dokumenten hervorgeht, die der vorliegenden Arbeit als Anlagen 1 und 2 beigelegt werden und die keine weiteren Erklärungen notwendig machen. Die Erfüllung von Aufgaben blieb geraume Zeit unabhängig von der politischen Konjunktur. In diesem Zusammenhange ist der Unterstützung der Arbeit durch die Landwirtschaftskammern zu gedenken, insbesondere durch den Direktor der Brandenburgischen Kammer, Dr. Franz Meidelson. Seine vornehme und unbeirrbar Haltung wurde zum Beispiel für jeden, der das Glück der Zusammenarbeit mit ihm fand. Vor kurzer Zeit mußten wir von ihm Abschied nehmen.

Im übrigen ist festzustellen, daß das Gesamtklima in den Organisationen der L.H.T. wachstumsfördernd und im wesentlichen freundschaftlich war. Dann kam der Krieg!

Einige Besonderheiten der Arbeit bedürfen der Darstellung. Im allgemeinen werden die Abschlüsse der buchführenden Landwirtschaft etwa 1/2 Jahr nach Ablauf des Wirtschaftsjahres (1.VII. bis 30.VI.) auswertbar und verallgemeinerungsfähig. Das ist für eine Reihe von Folgerungen und Entschlüssen reichlich spät. Es kam also darauf an, eine Voranschlagsstatistik zu entwickeln, die als zuverlässig anzusehen war. Es gelang: eine ausreichende, die Streuungsmomente ausgleichende Zahl besonders ausgewählter, übersichtlicher und gut geleiteter Wirtschaften ergab Ergebnisse, die mit den späteren tatsächlichen Resultaten voll befriedigend, in einzelnen Bezirken sogar verblüffend übereinstimmten. Sie waren nicht nur für den Kredit und die Ministerien, vor allem für die Betriebsbetreuung selbst von unschätzbarem Vorteil. Von der Voranschlagsstatistik wurden 2.356 Betriebe mit einer Nutzfläche von 530.000 ha erfaßt. Das Ergebnis bekam in Einzelfällen eine historische Bedeutung.

Von besonderer Wichtigkeit für den Kredit war die laufende Schuldenstandsstatistik der nicht buchführenden, im wesentlichen bäuerlichen Osthilfebetriebe. Sie erfaßte 1937/38 2.957 Wirtschaften mit einer Nutzfläche von ca. 100.000 ha. Ihr Ergebnis schloß Überraschungen auf der Gläubigerseite aus.

Die Jahresabschlußstatistik der buchführenden Landwirtschaft war eine Selbstverständlichkeit. Ihr durch die große Begabung des Leiters der statistischen Abteilung, Herrn Bauer, geschaffener Vorteil bestand in einer großen Übersichtlichkeit. Sie erfaßte 1937/38 5.926 Wirtschaften mit einer Nutzfläche von 920.000 ha.

Die Arbeiten konnten leider nicht bis zum Kriegsende durchgeführt werden, da zweimal (März 1943 und November 1944) sämtliche Unterlagen den Bombenangriffen zum Opfer fielen.

Mit Befriedigung darf vermerkt werden, daß nicht nur die Gläubiger, sondern auch die Berliner Ämter die Abschlußstatistik für wichtige Entschlüsse heranzogen. Die gelegentlich auftauchenden Beschränkungen der Weitergabe dieser Unterlagen hatte keine praktische Bedeutung, da die Mitglieder des Aufsichtsrats in ihrer Verwendung keinen Beschränkungen unterlagen.

Die Beratung und Betreuung bzw. Überwachung waren der Kern der Arbeit. Sie gewann im bäuerlichen Bereich gewisse unterschiedliche Formen gegenüber der Großbetriebsbetreuung, die indessen nicht zu Grundsätzen wurden und ihre Abwandlung durch die praktische Arbeit erhielten.

Bei den Großbetrieben selbst gab es eine Aufteilung der Betreuung in folgenden Formen:

- 1.) Die Wirtschaftsführung als die schärfste Methode. Der Eigentümer wurde aus der Leitung der Wirtschaft ausgeschlossen und eine treuhänderische Oberleitung eingesetzt.
- 2.) Die einfache Betreuung, bei der der Eigentümer die Leitung der Wirtschaft behielt, aber an die Anweisungen des Betreuers gebunden war.
- 3.) Die finanzielle Betreuung, in der der geldliche Ablauf der Wirtschaft zwischen Eigentümer und Betreuer festgelegt wurde.

Im Rahmen freiwilliger Betreuung blieb die Form den Vertragspartnern überlassen.

Theoretisch galt die gleiche Einteilung auch für die bäuerlichen Wirtschaften. Während bei den Großbetrieben als Auftraggeber im wesentlichen nur die Industriebank und die Landstellen in Frage kamen, erscheinen für bäuerliche Wirtschaften z.B. nach dem Stichtag vom 1.1.41 folgende Auftraggeber:

	Zahl der Wirtschaften
Deutsche Industriebank	2.139
Landstellen	1.423
Bauernschaften	1.330
Entschuldungsämter	115
Anerbengerichte	228
sonstige Gläubiger	645
freiwillige Vertragsabschlüsse	<u>842</u>
	6.722

Die Wirtschaftsführung machte bei bäuerlichen Wirtschaften erhebliche Schwierigkeiten, da bereits die Gläubigeraufträge infolge der unterschiedlichen Kreditarten stark wechselten und der Betreuer durchaus nicht immer mit einer freundlichen Gefolgschaft zu rechnen hatte. Nach einer statistischen Angabe befanden sich im Gesamtbereich der L.H.T. 1941 356 bäuerliche Betriebe in Oberleitung, also in der schärfsten Form der Betreuung. Die Zahl stieg noch weiter an.

Nun ist der Bauer- mit landschaftsmäßig gegebenen Unterschieden- im Eigenbetrieb oft ein schwer beweglicher, aber regelmäßig zuverlässiger Mensch. Es genügt in der Mehrzahl der Fälle zur Kontrolle einfache Berichte in Einzel- und Gruppenform.

Die bäuerliche Beratung (also nicht die Wirtschaftsführung!) machte in den verschiedensten Formen ausgezeichnete Fortschritte. In Sachsen wurde im Einvernehmen mit dem Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft die "Dorfberatung" eingeführt, die natürlich den Krieg nicht überlebte. In Ostpreußen hängte man an die "Schlepperaktion" eine bäuerliche Beratung an, die regelmäßig, wenn auch nicht häufig zu Besichtigungen führte. Der Kern der Dinge, nämlich die betriebswirtschaftliche Ausbildung der Bauern selbst, die man mit den Einzelheiten der Beratungsaufgabe verband, fand in Pommern eine frühe und besonders pflegliche Fürsorge. Die Namen Flemming und Blohm (Kammerpräsident und Professor) bleiben als Richtungsweiser dieser Zeit unvergessen.

Es begann mit einer Erheberbuchführung. Junge, besonders ausgebildete Landwirte führen monatlich von Hof zu Hof, machten genaue Aufzeichnungen, die übrigens auch vom Oberfinanzpräsidenten steuerlich anerkannt wurden und gewannen damit auswertbare Grundlagen, die vor allem Betriebsvergleiche ermöglichten und zur Unterlage des zweiten Schritts, nämlich der betriebswirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften einer Gemeinde oder eines Bezirks wurden, die ihre Wirtschaftsergebnisse gegenseitig kontrollierten. Mehr als 100 dieser Arbeitsgemeinschaften gaben für jede Form der Beratung die besten Grundlagen.

So kann die Osthilfe für sich in Anspruch nehmen, den Anstoß zu einer Vielseitigkeit betriebswirtschaftlichen Fortschritts gegeben zu haben. Nunmehr kam es darauf an, jeder Provinz und jedem Bezirk das durch Persönlichkeiten und wirtschaftliche Grundlagen bestimmte Eigenleben zu erhalten und zu fördern, aber durch Erfahrungsaustausch, die Erfolge rundum nutzbar zu machen. Dieser Aufgabe ist die L.H.T. gerecht geworden. Mit dieser Pflege der örtlichen Selbständigkeit konnte man auch erfolgreich und freundlich die Bürokratie der auf die Dauer halbstarren Diktatoren verkraften.

Aus dem gleichen Grunde wurde die bereits am 15.XII.1931 erfolgte Gründung der Pommerschen Landberatung G.m.b.H. begrüßt. Hier fand sich mit dem landwirtschaftlichen Treuhandverband in der Form einer G.m.b.H. alles zusammen, was die Landwirtschaft zu stützen bereit und berufen war: Landwirtschaftskammer, Pommersche Landesgenossenschaftskasse, Hauptgenossenschaft, Pommersche Landschaft, Industriebank. Vorsitzender des Aufsichtsrats wurde der Kammerpräsident v. Flemming-Paatzig. Auf den noch warmen Stuhl setzte sich drei Jahre später der Landesbauernführer Wilhelm Bloedorn ohne wesentlichen Schaden des Gesamtgefüges. Das Schwergewicht der Arbeit verlagerte sich zielsicher nach unten, wo die Not am größten und der junge politische Farb-anstrich am leichtesten abzukratzen war.

Die Landberatung hatte insbesondere in der Gewinnung und Ausbildung ihrer Hilfskräfte eine große Ähnlichkeit mit der bereits 1908 gegründeten "Wirtschaftsberatung der Kur- und Neumärkischen Ritterschaft", deren Erfolge dankbar zu gedenken ist.

Das beste Bild über Erfolg und Mißerfolg nach Abschluß der Osthilfe gibt wahrscheinlich der Geschäftsbericht der Deutschen Industriebank vom Juni 1939.

Die Forderungen der Bank in dem behandelten Berichtsjahr gegenüber der Landwirtschaft an Zinsen beliefen sich auf 24.118 Mio, sie wurden bis auf 6.95 % der Gesamtsumme beglichen. Ältere Fälligkeiten blieben in Gesamthöhe von 0,5 Mio rückständig. Seit Beginn der Osthilfe bis zum Berichtsjahr, in das der Abschluß der Gesamtaktion fällt, wurden nur 145 Zwangsversteigerungen durchgeführt, denen die Gesamtzahl mit etwa 10.000 bearbeiteten Fällen gegenübersteht.

Außerplanmäßige Rückzahlungen erfolgten bis zum Berichtsjahr in Höhe von 44.974 Mio, also fast in doppelter Höhe der Gesamtzinsen.⁺ Überall war eine merkliche Besserung der Wirtschaftslage festzustellen mit Ausnahme der Wirtschaften zwischen 7,5 bis 125 ha. Das Gesamtbild ist als befriedigend zu bezeichnen. (+) Gesamtjahreszinsen)

Zu einem Tätigkeitsbericht gehört eine Angabe über den Arbeitskräftebesatz und die Finanzierung der Treuhandverbände. Am 1.I.1941 waren in den Verbänden 279 Betreuer und Oberbetreuer tätig. Die Zahl stieg weiter über 300. Es sollte angestrebt werden, daß ein bäuerlicher Betreuer nicht mehr als 25 Wirtschaften zu bearbeiten hatte. Diese Grenze mußte ab und an erheblich überschritten werden. Für die Wahl und Ausbildung der Betreuer wurden alle erreichbaren Fangarme in Bewegung gebracht. Der Arbeitserfolg und seine erste Voraussetzung, Kameradschaft und gegenseitige Unterstützung, verpflichten jede Darstellung zu tiefer Dankbarkeit gegenüber den Persönlichkeiten, deren Namen ungenannt bleiben müssen.

In der Finanzierung der Arbeiten lag der dunkle Punkt bei den bäuerlichen Betrieben, die aus eigenen Leistungen nur etwa 10 % der Kosten aufbringen konnten. Das Reich trug in Höhe von 1,7 bis 2,01 Mio jährlich die Hauptlast.

Um die Arbeit der bäuerlichen Betreuer zu erleichtern und zu beschleunigen, mußten Risiken und Bürgschaften übernommen werden, die von der Haupttreuhandstelle gedeckt wurden, die zum Ausgleich in ihrem eigenen Etat Rückstellungen vorsah.

Die Großbetriebsbetreuung trug sich selbst, warf in Einzelfällen auch gewisse Überschüsse ab.

Die Unkosten der Verwaltung der Verbände und der L.H.T. wurden im wesentlichen durch die Zahlungen der Industriebank gedeckt, die 1940/41 430.000 RM und 1942/43 237.000 RM betragen.

Dank der Bereitwilligkeit von Professoren der deutschen Hochschulen konnten von der L.H.T. zahlreiche Tagungen mit Vorträgen durchgeführt werden, in denen die Wissenschaft der praktischen Arbeit willkommene Flügel verlieh. Die Mehrzahl der Betreuer nahm an diesen Veranstaltungen teil.

Der Versuch, auf der Grundlage von besonders ausgewählten Test-Betrieben Prognosen der landwirtschaftlichen Entwicklung für einen Mehrjahreszeitraum zu erarbeiten, ergab, wie sich später herausstellte, zutreffende Hinweise. Ihre Weitergabe blieb auf wenige Persönlichkeiten beschränkt. Ein letztes Exemplar dieser Arbeiten soll in der Bank von England liegen.

Versuche, nach dem Zusammenbruch die Arbeit oder einzelne Teile im Bundesgebiet fortzusetzen, erwiesen sich als nicht durchführbar. Einzelne Mitarbeiter fanden eine Tätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich, insbesondere bei den Kammern. So mußte auch der Plan aufgegeben werden, im Bundesgebiet praktische Beispiele zu schaffen, wie im Falle der Wiedervereinigung die Unfug-Formen der Landwirtschaft in der DDR sparsam umgestaltet werden können und welche Reihenfolge dabei einzuhalten sein wird: eine wirtschaftliche Generalstabsarbeit von Bedeutung. Dabei würde sich herausgestellt haben, daß bestimmte und begrenzte Gemeinschaftsformen auch auf das Bundesgebiet im Interesse der Kostenersparnis übertragbar sind, wenn man sie in eine vernünftige Selbstverwaltung überträgt.

Im übrigen bestehen im Bundesgebiet im Bezug auf die landwirtschaftliche Selbstverwaltung gegenüber dem deutschen Osten vor der Vertreibung erhebliche Unterschiede.

Die DDR wäre in der Tat ein nahezu unerschöpflicher Bereich für Beratung und Betreuung jeder Art, insbesondere für das Kapital, das dort investiert werden soll und das aus privatem Bereich wohl nicht erscheint, wenn nicht zuverlässige Wegweiser vorhanden sind. Die bisherigen Ansichten über die gegebenen Möglichkeiten bedürfen zum Teil bereits heute mancher Korrektur. Illusionen sind eine angenehme Beschäftigung, so lange man sie nicht teuer bezahlen muß. Die zum großen Teil recht gute Beratung im Bundesgebiet hat schon manches getan, um klar zu stellen, welche Betriebsgrößen notwendig sind, um bei durchschnittlichen Ernten und ebenso durchschnittlichen "europäischen" Preisen das Zusatzpaket der öffentlichen Betriebskrankenversicherung vorsichtig beiseite legen zu können. Auch über die Höhe der notwendigen Investitionen je Arbeitskraft und je Betrieb bestehen nur noch wenige Zweifel. Aber die Übertragung dieser Erkenntnisse in den verrückten Bereich der DDR erfordert mehr Vorbereitung als bisher erkennbar ist.

Wir haben nicht nur die Freiheit über die Mauer zu tragen, vielmehr im landwirtschaftlichen Bereich auch die Grundlagen einer zupackenden Selbstverwaltung, die die Freiheit in Verantwortung überführt. Wir müssen also in das Dorf! Für dies Ziel kann es kein besseres Beispiel geben als das der pommerschen Landberatung, die sofort den Stoß von oben nach unten führte, um dort die Menschen zu mobilisieren, die die Voraussetzungen einer neuen Ordnung begreifen und verantworten.

Hier liegen die Wurzeln der ausführenden Kraft und hier wird am ehesten aus guter Wirtschaft Tradition. Auf dieses Bauelement kann nirgends, insbesondere aber nicht in der SBZ verzichtet werden. Aber es kostet den meisten "Schwitz".

Wahrscheinlich wird es nie wieder eine derartige Weite des Raumes geben, in der in erster Linie das Volk der ländlichen Arbeit zur Selbsthilfe bereit ist. Drüben liegen Polen und manche anderen Länder in aufmerksamer Bewegung.

Wir dürfen die Ausgangsmöglichkeiten des Zugriffs nicht überschätzen, aber es ist nötig, zu wollen, was man weiß, wenn man soweit ist. Exempla docent!

Stützen aus Beispiel und Leistung sind unersetzbar.

Darum soll an dieser Stelle einer Dame gedacht werden, die 1937 in der L.H.T. ihre Arbeit begann, etwa zu der Zeit, als Dr. Brummenbaum Vorsitzender des Aufsichtsrats war. Am 22. November 1943 erfolgte ein Bombenangriff, der die Räume der L.H.T. in der Meinekestr. in Berlin völlig zerstörte, nachdem schon das gesamte ursprünglich vorhandene Inventar in der Friedrichstr. einem früheren Angriff zum Opfer gefallen war. Unter Einsatz ihres Lebens rettete sie aus dem 3. Stock des brennenden Hauses unersetzbare Akten und wichtige Maschinen. Sie erhielt das Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern. Unser Dank begleitet sie.

Als ich dann zum Schluß der oben dargestellten Tätigkeit verhaftet wurde, teilten sich meine Mitarbeiter in einen größeren Teil der Freundschaftsbewahrer und einen kleinen anderer, die sich die parteiamtlich vorgeschriebene Empörung aus dem zuständigen Schaumwasser angeln mußten.

Hier ist noch schnell einzufügen, daß wir bereits im April 1931, also bald nach dem Anlaufen der Arbeit der L.H.T. von Kottow nach Berlin übersiedelten und in der reizenden Villa mit großem Garten in der Koserstraße gegenüber der Post Dahlem Wohnung fanden. An einer Seite des Hauses war freies Feld (in der Bearbeitungskompetenz der Verwaltung Dahlem-Dorf).

Das Haus gehörte einem Herrn v. Wietersheim, der auf einer Autofahrt nach Potsdam mit seiner Frau tödlich verunglückte. Im Garten konnten die Kinder zu jedem ihnen zusagenden Lauferispiel trainieren. Regelmäßig wurde ich morgens von Lutz Krosigk und manchmal von Brandenburg zum Dienst abgeholt. Das Büro der L.H.T. befand sich in der Friedrichstr. 103 im Hause der Deutschen Überseeischen Bank, dicht am Bahnhof Friedrichstraße.

Lutz Krosigk und Brandenburg wohnten dicht nebeneinander in der Thiel-Allee, für mich mit Fußmarsch ganz gut zu erreichen. Die Schulen für die Kinder lagen in der Nähe. Es war eigentlich alles wunschgemäß geordnet. Die Arbeit lief auch gut an. Die Mädchen im Haushalt stammten aus Kuttrin bzw. Kottow, von wo auch Nahrungsmittel aller Art kamen. Den Urlaub verbrachten wir im neuen Hause in Kottow. Frieden ringsum, - das staatliche Innenleben allerdings ausgenommen.

Meine politische Fühlungnahme beschränkte sich zwar nicht auf den Herrenklub, gewann aber hier bemerkenswerte Hinweise. Mit Papen war ich wiederholt zusammen, einmal gemeinsam mit Knebel auch bei Schleicher, der seine anziehenden Eigenschaften vor Fremden offenbar verdeckt hielt.

Es war eine wunderschöne Zeit, die durch das Lachen unserer Kinder den Harfenreiz erhielt.

Anlage 1

Vorschlag des Reichsnährstands im Bezug auf die Änderung
der Satzungen der Landwirtschaftlichen Haupttreuhandstelle.

Aus: Akte des Reichsfinanzministeriums, Abtlg. Gen B, Gruppe
F 42, (Finanzierung, Verschuldung, Zinsermäßigung)
Inhalt: Landw. Haupttreuhandstelle des östsch. Ostens
GmbH - Berlin, Band 2, Ba 13.903.

S a t z u n g
des
Reichsverbandes
der landwirtschaftlichen Treuhandverbände
e.V.
dem Reichsnährstand angegliedert.

-
- 1) Der "Reichsverband der landwirtschaftlichen Treuhandverbände", im folgenden "Reichsverband" genannt, ist ein eingetragener Verein und hat seinen Sitz in Berlin.
 - 2) Der Verband ist dem Reichsnährstand angegliedert im Sinne des § 9 der Ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 8.12.1933 (Reichsgesetzblatt I S 1060) in der Fassung der Zweiten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 1.10.1940 (Reichsgesetzbl. I S. 1326). Er führt in seinem Namen den Zusatz: "Dem Reichsnährstand angegliedert".
 - 3) Das Geschäftsjahr des Reichsverbandes läuft vom 1. April bis zum 31. März.

§ 2

Der Reichsverband ist ein ausschließlich gemeinnütziger Verein. Er hat den Zweck, die Bestrebungen der landwirtschaftlichen Treuhandverbände und Betreuungsstellen in der landwirtschaftlichen Betriebsbetreuung und in der Erfüllung treuhänderischer Aufgaben zusammenzufassen und zu fördern. Insbesondere obliegt ihm die Lenkung der für diese Zwecke bestimmten Reichsmittel und die Überwachung ihrer ordnungsmäßigen Verwendung.

§ 3

Mitglieder des Reichsverbandes sind landwirtschaftliche Treuhandverbände und Betreuungsstellen, die mit Hilfe öffentlicher Mittel treuhänderische Tätigkeit in der Landwirtschaft ausüben.

§ 4

Organe des Reichsverbandes sind:

- 1) der Vorsitzende, im Verhinderungsfalle sein Stellvertreter
- 2) der Beirat
- 3) die Mitgliederversammlung

§ 5

- 1) Der Vorsitzende vertritt den Reichsverband gerichtlich, er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Der Vorsitzende entscheidet in allen Angelegenheiten, die nicht nach dieser Satzung oder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von der Mitgliederversammlung zu entscheiden sind.
- 2) Die Eingehung von Verpflichtungen für den Reichsverband und Verfügungen über Vermögensgegenstände des Reichsverbandes bedürfen der Schriftform und der Gegenzeichnung des Geschäftsführers.

- 3) Der Vorsitzende hat in allen Fragen enge Fühlung mit den zuständigen Stellen des Reichsnährstandes, insbesondere mit dem Verwaltungsamt des Reichsbauernführers zu halten.
- 4) Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende werden vom Reichsbauernführer auf 3 Jahre ernannt und können von ihm berufen werden. Verlängerungen der Amtszeit sind möglich.

§ 6

Dem Geschäftsführer obliegt die Erledigung der laufenden Angelegenheiten des Reichsverbandes.

Die Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers durch den Vorsitzenden bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verwaltungsamtes des Reichsbauernführers. Im übrigen wird das Dienstverhältnis des Geschäftsführers dem Verband gegenüber durch Vertrag geregelt.

§ 7

Der Beirat besteht aus dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und weiteren Personen, die vom Vorsitzenden im Einvernehmen mit dem Reichsbauernführer berufen und abberufen werden. Der Beirat berät den Vorsitzenden. Er ist von ihm in allen wesentlichen Fragen zu hören. Die Anhörung kann auch schriftlich erfolgen.

Der Vorsitzende hat dem Beirat jeweils für das abgelaufene Geschäftsjahr Rechnung zu legen.

§ 8

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet alljährlich innerhalb der ersten drei Monate des Rechnungsjahres statt.

Der Termin wird vom Vorsitzenden durch schriftliche Benachrichtigung der Mitglieder unter Einhaltung einer Frist von 14 Tagen bekanntgegeben.

Die Tagesordnung muß den Mitgliedern mindestens 7 Tage vor dem Sitzungstage schriftlich mitgeteilt werden. Anträge eines Mitgliedes zur Tagesordnung müssen dem Vorsitzenden spätestens 10 Tage vor dem Versammlungstermin vorliegen.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen werden vom Vorsitzenden nach Bedarf in gleicher Weise einberufen.

§ 9

Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Verbandes. Er bestimmt über die Art der Abstimmung.

Über den Verlauf der Versammlung ist ein Protokoll aufzunehmen und vom Vorsitzenden, seinem Stellvertreter oder dem Geschäftsführer zu unterzeichnen.

§ 10

Die Mitgliederversammlungen sind ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig.

Alle Beschlüsse, auch solche auf Satzungsänderung oder auf Auflösung des Verbandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet der Vorsitzende des Verbandes.

§ 11

Der Mitgliederversammlung obliegt:

1. Die Entgegennahme des Jahresberichts und der Rechnungslegung;
2. die Entlastung des Vorsitzenden;
3. die Beschlußfassung der Änderung der Satzungen;
4. die Beschlußfassung über die Auflösung des Reichsverbandes.

Beschlüsse über Satzungsänderungen (Ziffer 3) bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Genehmigung durch den Reichsbauernführer.

§ 12

Dem Reichsbauernführer steht das Recht zu:

- 1. Sitzungen des Beirats und der Mitgliederversammlung mit bestimmter Tagesordnung durch den Vorsitzenden einberufen zu lassen und an den Sitzungen des Beirats sowie an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen;
- 2. von den Organen Auskunft in allen Verbandsangelegenheiten zu fordern und im Benehmen mit dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer Bücher, Schriften und sonstige Unterlagen des Reichsverbandes einzusehen.
- 3. Anweisungen gemäß der unter § 1 (2) genannten Verordnung zu erlassen.

§ 13

Im Falle der Auflösung des Reichsverbandes erfolgt die Liquidation durch die von der Mitgliederversammlung zu bestellenden Liquidatoren. Die Liquidatoren unterstehen der Aufsicht des Verwaltungsamtes des Reichsbauernführers. Das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten des Verbandes verbleibende Vermögen ist im Einvernehmen mit dem Verwaltungsamt des Reichsbauernführers an gemeinnützige Einrichtungen zu verteilen.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Anlage 2

Stellungnahme des Vorstandes der Landwirtschaftlichen Haupttreuhandstelle zum Vorschlag des Reichsnährstandes.

Akte des Reichsfinanzministeriums, Abtlg. Gen B, Gruppe F 42, (Finanzierung, Verschuldung, Zinsermäßigung) Inhalt: Landw. Haupttreuhandstelle des dtsh. Ostens GmbH - Berlin, Band 2, Ba 13.908

Stellungnahme

der LHT zum Vorschlag des Herrn Dr. Brummenbaum betr. Landwirtschaftl. Treuhandverbände.

Es ist zunächst notwendig, einen kurzen historischen Überblick über die Abmachungen zu geben, die im November 1938 zur Umgestaltung der LHT führten. Unter dem 24. November 1938 hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft - IV A 3 6089 - 162.II - die endgültige Fassung der Vereinbarungen an die LHT übersandt, die für die Umgestaltung und Erweiterung des Aufgabengebiets der LHT maßgebend waren. In diesen Vereinbarungen heißt es unter II:

" Der Aufsichtsrat entscheidet über die organisatorischen und personellen Fragen, insbesondere auch hinsichtlich der sachlichen und räumlichen Erweiterung des Aufgabengebiets der LHT und der Treuhandverbände. Herr Ministerialdirektor Harnening wird prüfen, zu welchem Zeitpunkt die Übertragung der Aufgaben bezüglich der Überwachung der Schuldenregelungs-Betriebe und BSM-Darlehn durchgeführt werden kann. Die räumliche Ausdehnung des Arbeitsgebietes soll nach und nach vorgenommen werden. Zunächst werden beide Sachsen und der Bayerische Wald hierfür in Aussicht genommen. "

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß im Augenblick des Abschlusses der Verhandlungen bei allen Beteiligten die Ansicht vorhanden sein mußte, daß, wenn überhaupt außerhalb des bisherigen Tätigkeitsgebietes der LHT Treuhandverbände errichtet werden sollten, dies Angelegenheit der LHT sei, ebenso wie es allen Beteiligten klar war, daß zur Erfüllung neuer sachlicher Aufgaben im alten Tätigkeitsgebiet der LHT nicht etwa neue Organisationen heranzuziehen wären, sondern diese neuen Aufgabengebiete ebenfalls der LHT zur Durchführung übertragen werden sollten.

Im Frühjahr 1939 wandten sich einige landwirtschaftliche Kreditinstitute an das Reichsfinanzministerium mit der Anfrage, ob ihnen geraten werden könne, einem seitens des Reichsnährstandes in München zu gründenden Treuhandverband beizutreten. In der Aufsichtsratssitzung vom 13.III.1939 beantwortete Herr Dr. Brummenbaum, der Vorsitzende des Aufsichtsrats der LHT, die an ihn gerichtete Frage, ob seitens des Reichsnährstandes die Bildung eines Verbandes in München beabsichtigt sei, mit nein. Eine Unterrichtung des für räumliche und sachliche Ausdehnung des Tätigkeitsgebiets der LHT allein zuständigen Aufsichtsrats über erfolgte Gründung von Verbänden im Westen und Süden des Reiches durch den Reichsnährstand ist nicht erfolgt, auch nicht in der Richtung, daß eine Ausdehnung auf bestimmte Reichsteile nicht mehr möglich sei, weil dort schon die von 1939 ab in schneller Folge gegründeten Reichsnährstandsverbände vorhanden seien. Wo und in welcher Form nunmehr Reichsnährstandsverbände gegründet worden sind, entzieht sich bis heute der genauen Kenntnis der LHT.

In diesem Zusammenhang ist vor allem eine Feststellung wichtig, nämlich: daß die im Spätherbst 1938 beschlossene und in späteren Jahren bewährte Rechtsform der LHT und der provinziellen Treuhandverbände von allen Beteiligten für eine Ausdehnung des Tätigkeitsgebiets als zweckmäßig angesehen wurde, sodaß das Problem der Zusammenlegung der Reichsnährstandsverbände mit den in der LHT organisierten Verbänden die Frage der Umänderung der Rechtsform der LHT nicht aufzuwerfen brauchte. Die Zusammenlegung selbst ist nicht von der LHT angeregt. Indessen hat Herr Staatssekretär Backe bereits in einer Aufsichtsratssitzung im Dezember 1940 darauf hingewiesen, daß eine derartige Zusammenlegung erstrebenswert bzw. notwendig sei. Es ist unzweifelhaft, daß die Zusammenlegung im Interesse der Einheitlichkeit der Arbeit und organisatorisch erhebliche Vorteile aufweist.

In einer vom Herrn Reichsminister der Finanzen eingeladenen Besprechung im Spätherbst 1941 wurde bei Erörterung der Frage der Zusammenlegung der Reichsnährstandsverbände und der LHT-Verbände scharf in den Vordergrund gestellt, daß 2 Grundsätze in jedem Falle durchgeführt werden müßten:

1. Die Unabhängigkeit der Organisation als Grundlage und Voraussetzung einer die beteiligten Ministerien, die großen organisierten Gläubiger der Landwirtschaft und die Landwirtschaft selbst befriedigenden treuhänderischen Arbeit, insbesondere aber auch als Grundlage freiwilliger Verbandsabschlüsse,
2. die privatwirtschaftliche Organisationsform, die den beteiligten Ministerien, dem Reichsnährstand und den organisierten Gläubigern das Recht der Bestimmung der Personalien und der Gestaltung der praktischen Arbeit gibt.

Die Frage, welche Rechtsfolge die Angliederung einer alle Treuhandverbände umfassenden Organisation an den Reichsnährstand habe, wurde von Herrn Dr. Brummenbaum in der genannten Besprechung dahin beantwortet, daß der Reichsnährstand damit die Berechtigung der Verwertung des bei der LHT anfallenden Materials habe, während andererseits die Zusammenfassung der Verbände den Vorteil hätte, daß die Einsichtnahme in die Statistik des Reichsnährstandes gewährt würde. Der erste Tatbestand war übrigens bereits durch die Vereinbarungen im Herbst 38 klargestellt.

Es wird also nunmehr richtig sein, zu prüfen, ob der Vorschlag des Herrn Dr. Brummenbaum vom 13.11.1941 den allseitig als richtig und notwendig erkannten Grundsätzen entspricht.

Hierbei sollen im folgenden nur einige sich aus dem Vorschlag des Herrn Dr. Brummenbaum ergebende rechtliche und organisatorische Folgerungen erörtert werden.

1. Die Umwandlung der LHT, die eine GmbH ist, in einen Verein, bedeutet zunächst die Liquidation der LHT und damit gemäß § 17 der Satzungen der LHT auch die Auflösung des Vermögens und der Reserven.

Die Liquidation der LHT ist bereits außerordentlich bedenklich in Bezug auf die gesetzlichen Grundlagen des Arbeits- und Finanzierungsbereichs der Treuhandverbände, die die Rechtsnachfolger der in den §§ 25 ff. des Osthilfegesetzes vorgesehenen Haftungsverbände sind, zumal in der Nachfolgegesetzgebung, insbesondere aber in der Osthilfeschlussverordnung vom 20.6.1936, die LHT als Trägerin wesentlicher Rechte an Stelle der im Osthilfegebiet

tätigen Verbände gesetzlich bestimmt ist. Es ist unzweifelhaft, daß mit der Liquidation der LHT diese Rechte, auf die im Interesse der Fortführung der Arbeiten nicht verzichtet werden kann, erlöschen.

2. Für die dem Reichsnährstand angegliederten Einrichtungen gilt außer dem im § 1 des Satzungsentwurfs des Herrn Dr. Brummenbaum genannten gesetzlichen Vorschriften auch die Verordnung vom 17.7.1941, (Anlage 1) die auszugsweise folgendes besagt:

- a) Die Aufsicht über die fachliche Tätigkeit der angegliederten Einrichtungen wird von den Fachabteilungen (REA) ausgeübt. Die Fachabteilungen sind zu allen Anweisungen an die Organe der angegliederten Einrichtungen berechtigt, können Maßnahmen dieser Organe aufheben und ihre Durchführung untersagen.
- b) Die Aufsicht über die verwaltungsmäßige Tätigkeit der angegliederten Einrichtungen wird von der VHA des Reichsbauernführers ausgeübt. Innerhalb dieser Aufsicht ist sowohl die Herausgabe von Richtlinien für die Gestaltung der Satzungen wie auch der Erlaß von Satzungen selbst möglich.
- c) Der Abteilung VA II obliegt die Bearbeitung der Personalangelegenheiten der angegliederten Einrichtungen. Der Reichsbauernführer ist befugt, die Einsetzung und Abberufung der Vorsitzenden, Geschäftsführer und sonstigen Organe der angegliederten Einrichtungen durchzuführen.
- d) Das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der angegliederten Einrichtungen, insbesondere die Besoldungsangelegenheiten, unterliegen ebenfalls der Ingerenz des Reichsbauernführers.

Wird also die LHT dem Reichsnährstand in einer Form angegliedert, die den Bestimmungen des Erlasses vom 17.7.1941 entspricht, so ist von irgendeiner Selbständigkeit nicht mehr die Rede. Den Anteilseignern oder den Mitgliedern ist die Einflußnahme auf die Personalien entzogen. Die Personalaufsicht selbst schließt die Möglichkeit der Abberufung aller Organe ein. Es besteht nicht mehr das Recht, sich durch die Satzungen eigene Grundgesetze zu geben.

Es besteht nicht das Recht freiheitlicher Vertragsverhältnisse in Bezug auf die Gestaltung der Personalien. Es besteht nicht mehr das Recht unabhängiger Etaggestaltung. Es tritt an ihre Stelle die Eingriffsmöglichkeit in jedes Vertragsverhältnis, generell wie im Einzelfall.

Es kann unerörtert bleiben, für welche Organisation die von Herrn Dr. Brummenbaum vorgeschlagene rechtliche Konstruktion zweckmäßig ist. Das eine ist jedenfalls sicher, daß eine derartige Konstruktion nicht die Grundlage einer treuhänderischen Arbeit sein kann. Eine Einrichtung, die praktisch überhaupt kein selbständiges Recht mehr hat, ist zur Durchführung treuhänderischer Aufgaben, die auf der objektiven Selbständigkeit der Haltung zwischen Gläubiger und Schuldner und der Innehaltung der Treuepflicht gegenüber jedem Treugeber beruht, vollkommen ungeeignet. Wenn schon das Strafrecht die Treuepflicht mit zahlreichen Bestimmungen schützt, so ist es unzweifelhaft, daß die Durchführung treuhänderischer Aufgaben ausschließlich auf vollkommener Selbständigkeit der Organisation beruhen muß, und daß eine einseitige von der Seite des Reichsnährstandes ausgehende, in jeder denkbaren Beziehung rechtsmittellose, praktisch bis zur Arbeits- und Vertretungsunfähigkeit gehende Beeinflussung einer treuhänderischen Organisation eine unmögliche Konstruktion ist.

Noch einschneidender sind die Vorschläge in Bezug auf die Erhaltung der privaten Rechtsform. Es bestand bisher Einigkeit darüber, daß es in hohem Maße unzweckmäßig ist, wenn die organisierten Gläubiger der Landwirtschaft, und zwar jeder für sich, eigene Kontroll- und Überwachungsapparate schaffen, die - praktisch unabhängig voneinander in den von ihnen landwirtschaftlich betriebenen Betrieben Überwachungen, Kontrollen und Betreuungen durchführen. Es bestand weiterhin Einigkeit darüber, daß, wenn den Gläubigern zugemutet werden soll, auf eine derartige eigene Tätigkeit zu verzichten, an die Stelle gläubigereigener Organisationen nur eine Institution privaten Rechts treten kann, in der die Gläubiger selbst mitentscheidend vertreten sind. Dieser Gedanke, der übrigens bereits in den am 24. November 1938 zwischen dem Reichsministerium für Ernährung und

Landwirtschaft und der LHT abgeschlossenen Verhandlungen zu der Lösung führte, daß die LHT grundsätzlich die Angelegenheiten der provinziellen Verbände zu übernehmen habe, um in der Lage zu sein, die Durchführung zentral übernehmbarer vertraglicher Verpflichtungen gegenüber den registrierten Gläubigern praktisch auch in den Provinzen vorzunehmen, ist nunmehr vollkommen verlassen. Die LHT wird ein Verein. Die Mitglieder dieses Vereins werden offenbar die provinziellen Treuhandverbände. Über das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Verein ist nicht bestimmt. Inwieweit der Verein als solcher die Arbeit der Treuhandverbände überwachen, beeinflussen und notfalls entscheidend bestimmen kann, findet sich kein Anhaltspunkt. Damit entfällt überhaupt die Möglichkeit des Abschlusses zentraler Verträge und damit auch die Durchführung zentraler Überwachungsarbeiten. Gläubiger sind offenbar überhaupt nicht mehr als Mitglieder dieses Vereins anzusehen. Sie haben bestenfalls im Beirat, dessen Zusammensetzung wiederum vom Reichsnährstand bestimmt wird, die Möglichkeit einer - im Zweifelsfalle unerheblichen - Meinungsäußerung. Es ist schwer vorstellbar, daß sich unter dieser Voraussetzung ein Gläubiger des Rechts der eigenen Überwachung seiner Risiken begibt. Es ist ebenso wenig vorstellbar, daß etwa jeder Reichsminister der Finanzen, soweit er durch Reichsbürgschaften an der Überwachung von Risiken interessiert ist, sich einer Organisation anvertraut, in der er praktisch überhaupt nichts zu sagen hat. Es ist zum mindesten fraglich, ob das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sich des Rechts einer unmittelbaren Einwirkung auf die Organe der LHT begoben kann, zumal die Aufsicht über die Arbeit der Treuhandverbände in der LHT zusammengefaßt wird. Die vorstehenden Bedenken erhalten ihr besonderes Gewicht durch die Betrachtung der voraussichtlichen Entwicklung des Agrarkredits. Es ist unzweifelhaft, daß vielleicht schon die Kriegszeit, mit Sicherheit aber die Nachkriegszeit, eine starke Ausweitung des Agrarkredits zur Durchführung der Technik auf allen Gebieten bringen muß. Die Sicherheit dieser Kredite liegt zunehmend weniger im Substanzwert der beliehenen Objekte als im betriebswirtschaftlich richtigen Wirtschaftsziel und im Betriebserfolg. Die rein dringliche Sicherheit tritt an Wert scharf zurück. Die Beurteilung betriebswirtschaftlicher Voraussetzungen und Erfolge ist entscheidend.

Was überhaupt an praktischen Maßnahmen zur Überwachung von Krediten geschehen kann, ist im Fluß und weitgehend abhängig von der dauernden und engen Zusammenarbeit zwischen Ministerien, risikotragendem Kredit und der Landwirtschaft selbst. Erst langjährige praktische Erfahrungen werden zu bleibenden Grundsätzen der Durchführung der Kreditüberwachung führen. Diese Grundsätze sind Angelegenheit zentraler Arbeit. Sie können nicht abgestellt werden auf provinzielle oder örtliche Einzellagen. Die vornehmste und entscheidende Aufgabe einer Zusammenfassung landwirtschaftlicher Treuhandverbände liegt also in ihren Diensten, die sie der öffentlichen Hand, dem Kredit und der Landwirtschaft gleichmäßig und im wahren Sinne treuhänderisch leistet.

Schon aus diesem Grunde ist eine Grundlage unnöglich, die in ihrer rechtlichen Konstruktion von dem vollkommen einseitigen Einfluß einer der beteiligten Stellen 100 %ig bestimmt wird. Letzten Endes kann eine derartige Konstruktion nicht einmal im Interesse der Landwirtschaft liegen.

Ob überhaupt die Zusammenfassung der Treuhandverbände in der von Herrn Dr. Brummenbaum vorgeschlagenen Form Verträge treuhänderischen Inhalts abschließen kann, muß sehr zweifelhaft erscheinen, und zwar auch dann, wenn Zusagen vorliegen, daß der Reichsnährstand von seinen in alle Einzelheiten gehenden Befugnissen keinen Gebrauch machen wird.

Aus den vorgenannten Gründen wird seitens der LHT nunmehr folgendes vorgeschlagen:

Die bisherige Konstruktion, insbesondere das Verhältnis zwischen Treuhandverbänden und LHT, hat sich in jeder Beziehung und nachhaltig bewährt. Es ist unnötig, hieran etwas zu ändern. Sollen also die reichsnährstandseigenen Verbände mit den der LHT unterstehenden Verbänden zusammengelegt werden, so ist es richtig und notwendig, der LHT die Rechtsform der GmbH zu belassen und die LHT zu berechtigen, die Majorität in den reichsnährstandseigenen Verbänden zu übernehmen.

Es ist weiterhin unerlässlich, die Beteiligung der Gläubiger in Form privaten Rechts an dieser GmbH sicherzustellen und durch Kapitalerhöhung und Einbeziehung der im Westen des Reiches vorzugsweise tätigen Gläubiger entsprechend zu erweitern.

Mit der Ausdehnung des Tätigkeitsgebiets räumlich auf die von der LHT bisher nicht bearbeiteten Gebiete und vor allem sachlich durch die Notwendigkeit der Kreditvermehrung für umfangreiche Investitionszwecke, an deren Risiken nicht nur der organisierte Kredit, sondern zunehmend die öffentliche Hand beteiligt werden muß, ergeben sich ganz andere Probleme, die zu lösen sind, und denen der Vorschlag des Herrn Dr. Brummenbaum keinesfalls ^{schon} gerecht wird: nämlich die Frage, inwieweit das Interesse der öffentlichen Hand, das sich vorzugsweise in den Reichsministerien der Finanzen und für Ernährung und Landwirtschaft konzentriert, zu sichern ist. In dieser Beziehung sind bei Einbeziehung der Reichsnährstandsverbände und bei Ausdehnung auf das ganze Reichsgebiet allerdings gewisse Umstellungen notwendig. Es ist unerlässlich, daß beide Ministerien nicht nur entscheidend in den Organen der LHT vertreten sind, sondern daß sie eine ständige Überwachungsmöglichkeit der laufenden Arbeiten der treuhänderischen Tätigkeit erhalten. Diese Notwendigkeit kann an sich auf 2 Arten erfolgen: einmal, indem die genannten Ministerien je einen Geschäftsführer bestimmen, oder indem sie Kommissare entsenden, deren Berechtigungen durch eine Geschäftsanweisung festzulegen sind, die vom Aufsichtsrat mit Genehmigung der beiden Ministerien erlassen werden muß. Bei Abwägung der beiden Möglichkeiten erscheint der letzte Vorschlag, die Bestellung von Kommissaren, ein Vorgang, der sich bei der Renten-^{Rechts}Kreditanstalt vollkommen bewährt hat und dort zu einer reibungslosen Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und der Organisation geführt hat, der bessere und vom Standpunkt der Geschäftsaufsicht aus gesehen der richtigere. Er wird deshalb vorgeschlagen.

Landwirtschaftliche Haupttreuhandstelle
des deutschen Ostens G.m.b.H.

gez.: v. Zitzewitz gez.: Dr. Wittkopf

gez.: Schulz

10.1.42
vZ/B

Persönliche Erinnerungen aus dem
Kampf gegen Hitler.

(mit kurzem Auszug aus einem Vortrag Lönning.)

Ob eine Führernatur im geschichtlichen Sinne gut oder böse ist, hängt nicht etwa ausschließlich, im Einzelfalle nicht einmal vorzugsweise von den charakterlichen und willensmäßigen Eigenschaften ab, sondern von der Frage, welche Menschen und Schichten er in Bewegung bringt und welche Obliegenheiten er ihnen überträgt und vorenthält.

Ein lustiges Gespräch mit einem alten Freunde (Bonner Pfälzer), der - aus welchen Gründen auch immer - Nationalsozialist geworden war: "Du kannst doch unmöglich behaupten, daß alle Nazis Schweine sind!" Ich antwortete: "Das behauptet auch kein vernünftiger Mensch, - aber alle Schweine sind Nazis. Also der Schweineanteil ist dort verdammt hoch."

Wir sind jetzt weit genug von den Dingen entfernt, die kurz nach der Machtergreifung Gestalt gewonnen hatten, um zu einer "objektiven" Beurteilung gelangen zu können, wobei das Wort "objektiv" tunlichst in Anführungsstriche zu setzen ist.

Zunächst einmal die Ämter, insbesondere die Berliner Ämter. Ich war in dieser Zeit in Berlin und leitete dort die Landwirtschaftliche Haupttreuhandstelle, die Selbstverwaltungsspitze der Osthilfe, also der großen Sanierungsaktion der Landwirtschaft.

Ich hatte also, - ob ich wollte oder nicht -, mit einer Reihe von Ämtern insbes. mit dem Ernährungsministerium, Innenministerium und Finanzministerium in laufender Verbindung zu bleiben.

Die Minister und Staatssekretäre waren Nazis, oder mit deutlichen Duldungsabzeichen versehene Neutrale. Verschiedene Formen des Zuredens brachten den beförderungswilligen Rest der Ministerien ebenfalls in die "Baddei", ohne daß bemerkenswerte Änderungen des politischen Innenlebens erkennbar wurden. In vertraulichen Gesprächen kamen Angstmomente zum Ausdruck.

Vorsitzender meines Aufsichtsrats war zunächst ein richtiger "Herr" ohne parteiliche Weichteile und alsdann ein vom Reichsnährstand namhaft gemachter Bauer echter Trägung, der gegen-
teilige Ansichten, die ihm nicht vorenthalten wurden, ohne Neigung zum Skandal über die Tagesordnung und den Schreibtisch rutschen ließ. Da die Haupttreuhandstelle Darlehen, also Geld, zu schützen hatte, konnte mit Unterstützung der Ämtervertreter eine geordnete Geschäftsführung sichergestellt werden, zumal auch in den provinziellen Treuhandverbänden das geldliche Hemd näher war als der parteiliche Rock. Ich befand mich also in einer zunächst einmal widerstandsfähigen Schutzumhüllung. Mein Büro in der Friedrichstraße 103 war in Bezug auf Mauer, Raum und personellen Inhalt schallsicher und deshalb Treffpunkt eines kleinen Freundeskreises.

Er bestand aus Karl Magnus Knebel, Wilhelm Plügge und m.W. In Dankbarkeit an unsere lange und störungsfreie Zusammenarbeit zunächst eine lustige Erinnerung: wir essen abends in einem Lokal in der Nähe des Friedrichstraßenbahnhofs, wo eine ausgezeichnete Kapelle spielt. Mit Pauken und sonstigem Zubehör ertönt plötzlich der Hohenfriedberger Marsch. Knebel sagt: "In Gegenwart von Musaren darf man eigentlich diesen herrlichen Marsch nicht spielen."

Ich machte mich heimlich an den Cheftrompeter heran, kurze Zeit darauf jubelt das Lied: "Es war einmal ein treuer Musar." Dazu der Kommentar: "Blechbauch bleibt Blechbauch!" (Knebel war Fasewalker Kürassier.)

Karl Magnus Kn. war ein zuverlässiger, wenn nicht sogar ein genialer Menschenbeurteiler. Als er Hitler - wahrscheinlich auf Veranlassung und durch Vermittlung von Schleicher - , im Kaiserhof aufsuchte, spielte der "große Führer" erst mit den ersten Knospen seiner Ruhmesblüten.

Knebel kam von dieser Unterhaltung angewidert zurück. Hitler hatte offenbar versucht, seine halbstarken Hypnosekünste in Anwendung zu bringen und einen Bühnenvortrag zu halten, der durch einige Vorkommnisse, z.B. die Entlassung Grönners als Chef der Heeresleitung, unter einem gewissen Zusatzdruck gestanden haben kann.

Die Gesamtbeurteilung war etwa folgende: der Mann ist zu allem fähig, zu jedem Verbrechen, zu jeder anständigen politischen Handlung, - was auch immer ihn auf der Leiter nach oben bringt. Er spricht nur von sich selbst und denkt vermutlich an nichts anderes als an die Gipfelbesteigung. Dabei wird man eine klare Erkenntnis der immer stärker werdenden Sehnsucht unseres Volkes nach Führung und Kommando voraussetzen können. Taktisches Geschick wird er mit der Wahl der gemeinsten Mittel verbinden. Eine unvorstellbare Gefahr ist in diesem Menschen verkörpert.

Diese Beurteilung deckt sich mit der ein Menschenalter späteren des Alan Bullock in allen wesentlichen Einzelheiten. Es erscheint wichtig, auf diesen Tatbestand aufmerksam zu machen.

Damit wurde klar, daß eine generalstabsmäßig klare Gesamtbeurteilung der deutschen Bewegungsmomente wichtiger war als eine weitere Forschung in den Innereien Adolfs.

Obgleich wir als einigermaßen aufmerksame Betrachter anzusehen waren, kamen wir erst zu diesem Zeitpunkt zu der Erkenntnis der unbeschreiblich vielseitig aufgespaltenen Gärungsvorgänge, deren Träger zum guten Teil bewaffnet waren: Freicorpsführer, Waffenverteiler, Unternehmer mit Schutzgewehr, Chefs von Grenzschutzformationen mit und ohne Zulassungsnachweis usw.

Dieses Durcheinander beunruhigte Darsteller und Zuschauer, die, - meist guten Willens -, irgendwie fühlten, daß der Aufbau des neuen Reiches nicht recht über die Fundamentsausschachtung hinaus kam, zumal die mühsame Außenpolitik keine deutlichen Bilder vermittelte.

Hitlers Hornruf der ergebnislos verlaufenen 14 Jahre wurde auch von kritischen Ohren wie eine Erlösung aufgenommen und gewann ihm Anhänger von Bedeutung und Ansehen, die sonst völlig außerhalb seiner Reichweite standen. Über Deutschland türmten sich die Sturmwolken. Mit dem Nazi-Programm hatte das alles nichts zu tun. Ohne sein Zutun kamen die gewaltigen Möglichkeiten auf Hitler zu. Er nutzte sie!

Ich kannte Hitler persönlich nicht, hatte ihn aber im Nationalen Klub in der Nähe des Reichstagsgebäudes zweimal sprechen gehört, wobei der Mann in seinen Manieren und Ausdrücken keinen angenehmen Eindruck hinterließ.

Nach der sogen. Machtergreifung hatte ich durch ihn ein lustiges Erlebnis: Hitler verlieh im Reichstage einer erheblichen Zahl von Generälen Feldmarschallstäbe in der üblichen Bühnenform. Neben mir im Zuschauerraum sitzt ein alter Herr, offenbar ein Soldat a.D. Die Marschallstäbe sind vergeben, plötzlich sagt er in gedämpfter, aber herrlich erkennbarer Kommandostimme: "Setzt die Feldmarschallstäbe z'samm!" Das war die richtige Quittung der alten Zeit.

Die politische Gesamtlage sauste in die Endrunde der zeitlichen Entscheidung. Mehrere Wahlen haben hintereinander eine derartige Steigerung der Nazistimmen erbracht, daß in absehbarer Zeit eine absolute Majorität bzw. eine völlige Beherrschung des Parlaments für die Regierungsgestaltung gegeben ist. Dann regiert Hitler auf legaler Grundlage auch die Wehrmacht, die im Zeitpunkt der Darstellung die einzige Möglichkeit der Gefahrenabwehr bietet.

Daß Beck das Gleiche tat, macht deutlich, daß er den wissenschaftlichen Beweis der Richtigkeit bestimmter Vorstellungen vor den Feldherrn-Instinkt des historischen Zugriffs stellte.

Betrachtet man die Lage aus 30-jährigem Zeitabstand, wird erkannbar, daß beide Persönlichkeiten beachtliche Positionen verdienten, aber die Spitzenführung mußte in andere Hände gelegt werden. Wieder erscheint das Bild des Grafen Behr.

Daß die von Gördeler wiederholt und besonnen angeknüpften Auslandsbeziehungen erfolglos blieben, kann als bekannt vorausgesetzt werden.

Das soll, wie ich ausdrücklich betonen möchte, keine Kritik sein. Keiner konnte sein Leben selbstloser einsetzen als Gördeler, - keiner hätte die Gefahrenlage tapferer durchstanden. Er starb als Held! Unsere letzte Begegnung wird noch dargestellt.

Bevor nun die Versuche kurz behandelt werden, Hitler um sein Leben zu bringen, ist ein Hinweis für die Jugend zweckmäßig: man hört heute z.B. in Kreisen der Bundeswehroffiziere die Auffassung, daß der gewaltsame Tod von Hitler (also der geplante) eine Handlung zugunsten der gesamten Menschheit gewesen sei, unmöglich einem einfachen Soldaten beizubringen sei. Hitler sei immerhin Oberbefehlshaber gewesen und kein Mensch mit soldatischer Bindung hätte die Hand gegen das Haupt erheben dürfen. Darauf ist zu antworten: wenn der politische Wehrmachtschef unheilbar geisteskrank wird, kommt er in eigenem und im Wehrmachtsinteresse in die Klapsmühle.

Ist der Chef für 1,5 Millionen politische Morde verantwortlich, die in seinem Auftrage bzw. mit seiner Duldung durchgeführt wurden, - und ist auf Grund seines völlig übersichtlich gewordenen Nachthungers und der damit verbundenen Willkür-Kriege der Zusammenbruch des Reiches unvermeidbar, so ist seine Beseitigung zur Rettung des Vaterlandes Notwehr in des Wortes heiligster Bedeutung.

Ist sie seitens der Wehrmacht nicht durchführbar, weil sie einen Kampf auslöst, der mit einer inneren Totalvernichtung enden muß, so bleibt nur noch die Einzelhandlung derer, die sich zum Einsatz ihres Lebens berufen fühlen. Das ist geschehen, - wenn auch nicht erfolgreich verlaufen: Fabian v. Schlabrendorff legte die Bombe in das Flugzeug, das Hitler von Ostpreußen nach Berlin flog. Die Bombe versagte. Stauffenberg trug seine Bombe in seiner Handtasche und stellte sie im Führerhauptquartier neben Hitler. Sie explodierte, ohne Hitler ernsthaft zu verletzen, weil der Holzschuppen sofort auseinanderflog, womit der Explosionsdruck in den Himmel sauste. Das geschah am 20. Juli 1944. Eine dritte Bombe, die den heldenhaften Träger und Hitler gemeinsam im Zeughaus in Berlin zerreißen sollte, kam nicht zur Wirkung, weil Hitler entgegen seiner Zusage nicht erschien.

Die sich aus diesem Totbestand ergebenden Rätsel stehen jenseits menschlicher Beurteilungsmöglichkeit.

Eine an sich überflüssige, aber peitschende Frage: was wäre geschehen, wenn Hitler die Kriege gewonnen hätte?

Die Antwort nähert sich der Auflösung rechtlicher Grundlagen Europas.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Aufgabe des kleinen, uns verbliebenen Stückes Heimat Puls und Blut der europäischen Herzstelle sind, wobei leise der alte Marsch an unser Ohr dringt: "Berlin bleibt doch Berlin!"

Ich kann deshalb die Cooperation der beiden großen Parteien nur begrüßen. Wenn man sich zanken will, kann man das schallsicher hinter verschlossenen Türen ohne Reportage tun.

Dann noch eine Wahrheit: Bewegungen mit den Antriebskräften und dem Fahrtwind, wie Hitler sie sich nutzbar machte, sind mit erträglichen Spesen nur im Anfangsstadium zu bremsen, oder zu überdecken. Dazu ist die Kenntnis des Steuer-manns notwendig. Beide Voraussetzungen wurden rechtzeitig von uns erkannt und vertreten.

Es ist nun noch ein Wort zu sagen über die Zeit der "Braun-Angler" der engeren Heimat, wie wir die Barrièremacher der Hitlerzeit nannten. So erschien irgend ein Hilfs-Polizist in Kettow, der sich berechtigt glaubte, im Auftrage des Führers in die Mytriner Wirtschaft einzugreifen. Er verschwand auf Veranlassung der Kommandantur in Stolp, die damals noch selbständig handeln konnte. Meine Leute waren völlig unberührt von irgend welcher Hitlerei, grüßten wie immer und freuten sich, wenn ich auf meinem Wagen "Heil Hitler" mit Peitsche machte. Erst kurz vor meiner Verhaftung lösten sich einige wenige aus der treuen Gemeinschaft. Es waren die gleichen, die später kurz vor dem Erscheinen der Russen die verlassenen Häuser leicht überplünderten. Die Anziehungskraft der Nazis für Vagabunden war jedenfalls im heimatlichen Bereich verblüffend. Für den Gutsinhaber war es von besonderer Wichtigkeit, voraussagen zu können, wer den Vagabundenweg beschreiten würde, damit rechtzeitig Bremsen angezogen werden konnten.

Damit ist die Zeitspanne, in der überhaupt abwehrmäßig gehandelt werden kann, völlig übersichtlich begrenzt. Es gibt weder einen anderen Zeitpunkt noch eine andere Hilfe.

Die SA hat bereits die vier- bis sechsfache Bestandsstärke der Wehrmacht. Da diese Truppe und Wehrmacht das innere Sicherheitsbedürfnis um ein Vielfaches überschritt, war das Rätsel nicht unlösbar, welcher Zweck angesteuert wurde. Was getan werden konnte, um in den nicht immer empfangsbereiten Köpfen der Entscheidungsgremien das Licht der Erkenntnis der letzten Stunde leuchten zu lassen, geschah.

Die entscheidende Frage ging weit über die Person Hitlers hinaus: Er stand im Wege, - aber wer war in der Lage, aus Deutschland einen Rechtsstaat aus eigener Kompetenz zu machen?

Von zahlreichen Seiten erscheinen Mahnungen zum sofortigen Handeln an die gleiche Adresse. Zu uns gesellen sich Richard Flemming, der Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer, Zastrow, der mehrere wichtige Organisationen leitete, darunter den Verpächterverband, Franz Mendelsohn, der Direktor der kurmärkischen Landwirtschaftskammer, - und der Graf Hardenberg-Neuhardenberg, unser aller kluger und ritterlicher Berater. Ich bin der letzte Überlebende dieser Gruppe.

Unser Kreis ließ es bei den Hilferufen nicht bewenden. Vor allem ist immer wieder als Schwerpunkt die schicksalshafte Begrenzung der zeitlichen Handlungsmöglichkeit betont worden. Sie war auch der Kern einer langen Unterhaltung zwischen Knebel und Seeckt.

Reichskanzler ist zunächst noch Brüning, bis das folgende Durcheinander das vielgesichtige Bild der Schleicherperiode ergab.

Durch Vermittlung von Hardenberg hatte ich Gelegenheit, dem Generaloberst Beck über die Lage der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft Bericht zu erstatten und die Notwendigkeit eiliger Maßnahmen zu begründen, die die Vorratshaltung für den Fall der Fälle und die landwirtschaftlichen Organisationsformen betrafen. Ich konnte betonen, daß sich Gesetz und Verordnungen in unseren Händen in Vorbereitung befänden und daß auf der Vorratsgrundlage der Pomm. Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft die Notversorgung von Berlin geplant würde.

Uns lag daran, statt der allgemeinen Klagelieder Dienste zu präsentieren, wobei die Wichtigkeit bestimmter Entscheidungen eine besondere Betonung erhielt. Dabei konnte ich die Erfahrung machen, daß Beck auch auf Gebieten, die ihm völlig fern liegen mußten, ein erstaunlich schnelles Einfühlungsvermögen zeigte. Seine Bereitschaft, die vorgetragenen Pläne zu unterstützen, konnte ich dankbar entgegennehmen.

Der erste, zeitlich richtig ausgerichtete Teil unserer Arbeit fand sein Ende in folgendem tragischen Geschehen. Es war Knebel gelungen, die Zustimmung Seeckts für eine durchgreifende Aktion der Wehrmacht gegen Hitler zu bekommen. Dazu kurz einige Daten: Seeckt war 1920 - 1926 Chef der Heeresleitung, 1930 - 1932 Mitglied des Reichstags. Nachfolger von Gröner als Wehrminister wurde 1931 Schleicher, Chef der Heeresleitung ab 1930 Hammerstein.

Seeckt hatte in der Unterhaltung mit Knebel die Bedingung gestellt, daß die politische Führung einer anderen Persönlichkeit übertragen werden müsse, da er mit seiner Aufgabe genug zu tun habe, - die zur Zeit vorhandene Führung aber für die notwendige Aufräumungsaktion nicht in Frage komme.

Man einigte sich in verhältnismäßig kurzer Zeit auf den Grafen Behr-Behrenhof, der damals Vorsitzender des Pommer-schen Provinziallandtags war.

Da ich Mitglied dieses Landtags war, kannte ich Behr in seiner amtlichen Arbeit. Er repräsentierte den sich nicht oft vorstellbaren Typ des "Herrn": gütig, Meister der Umgangsformen, sicheren Steuerung eigener und fremder Arbeit, - auch in der Leitung von Versammlungen. Die Ausstrahlung eines stillen Pflichtbewußtseins war bezwingend und jedes Vertrauen rechtfertigend.

Es mag etwas weit hergeholt wirken, - aber ich habe oft an das Bild des alten Kaisers denken müssen, wenn ich mit Behr sprach. Er hätte auch einen Bismarck verkraftet, - oder in die Arme genommen. Um zu erklären, was Eitelkeit sei, hätte er im Konversationslexikon nachsehen müssen. Wenn eine friedliche Lösung des Falles Hitler möglich war, hätte Behr sie gefunden.

Er wurde gebeten, an einer Verhandlung im Hotel Adlon teilzunehmen, in der um seine Zustimmung zur Amtsübernahme gebeten werden sollte. Außer Knebel und mir nahm noch der Graf Eulenburg-Prassen teil. Knebel trug den Tatbestand vor.

Es folgte ein langes Schweigen, - dann sagte Behr leise und bestimmt, daß er glaube, die Lage voll erfaßt zu haben und daß die Gefahr jeden Einsatz rechtfertige. Vorab müsse man sich prüfen, ob man der Aufgabe gewachsen sei. Nunmehr sei die Antwort notwendig, daß er einfach nicht das Zeug habe, um die Verantwortung für Entscheidungen übernehmen zu können, die Bestandteil der Deutschen seien. Seine Antwort sei endgültig.

Eulenburg versuchte noch eine Bitte, wir anderen wußten, daß der Schlußpunkt gesetzt war.

Als Behr sich erhob, sagte er leise: "Der schwerste Tag meines Lebens seit dem Tode meiner Frau."

Damit war der Zeitpunkt des Handelns verpaßt. Es stand noch ein führender Mann der Industrie zur Erörterung, der aber gerade in Amerika war. Auch ein Hilferuf an die Wehrmacht wäre zu spät gekommen, da Bindungen an Amt und Institution sich nur langfristig abstreifen lassen. Im übrigen bestand einer der Vorteile unseres Handelns gerade darin, daß sie keine andere Gruppe behinderte oder belastete.

Es erübrigt sich die Überlegung, welchen Verlauf die Geschichte unseres Landes hätte nehmen können, wenn der Nazirausch rechtzeitig von der Wahrheit angestrahlt worden wäre.

Es bleibt aber die Frage, warum die Wehrmacht nichts tat, um Hitler in der nahezu als großartig zu bezeichnenden Blitzausdehnung seines Machtbereichs rechtzeitig zu behindern, bzw. seine Formationen unter Kontrolle zu bringen. Ich weiß, daß mein Versuch der Antwort dürftig ist. Aber es ist wohl anzunehmen, daß man Hitler als starkes Pferd vor falschem Wagen einschätzte, das sich aber auch irgend wann einmal an die richtige Deichsel spannen ließ. Außerdem wollte man vor allem aus außenpolitischen Gründen keinen Krach, der das aus zahlreichen Ferngläsern der Welt betrachtete Treibhausdasein der Wehrmacht beeinträchtigt hätte. Vielleicht!

So ging man also mit eigenhändig gefesselten Armen und Beinen in den Kampf mit dem Drachen. Leichter konnte man es ihm, - nämlich dem Drachen, - nicht machen. Die bisherigen klassischen Bilddarstellungen der Drachenkämpfe bedürfen einer Korrektur.

Mitten in der Arbeit werde ich von einem Glückszufall erfaßt: es erscheint Elisabeth Knebel, - also die Frau von Karl Magnus, - und bringt mir die Abschrift eines Briefes von Flügge an mich vom 29.XII.1947, - Alter also 20 Jahre. Er enthält eine Menge Tatsachen und Namen, die ich längst vergessen hatte, - die aber für eine ausreichende Gesamtdarstellung unentbehrlich sind. Der Brief wird im Wortlaut als Anlage beigelegt. Ich beschränkte mich bei der Wiedergabe des Inhalts auf die Beispielpunkte, an denen ich beteiligt war, - nicht aber, ohne das Bild von Karl Magnus Knebel mit einigen farbigen Ergänzungen zu versehen.

In unserem Kreis war er die treibende Kraft, den beiden gewaltigen Schwachseiten der Wirtschaft Abhilfe zu schaffen: Arbeitslosigkeit und Agrarkrise. Hier lagen die Ursprungsmomente der Flucht in die Arme der Nazis und Kommunisten auf der einen, in die Freicorps und militärähnlichen Gebilde auf der anderen Seite. Die Restformen der Weimarer Republik waren der schnell entstandenen Aufgabe, die gefährlich gewordenen Bewegungen einer restlos unzufriedenen Bevölkerung aufzufangen und abzulenken, nicht gewachsen. Eine Nazigefahr war Mitte der 20er Jahre noch nicht voll erkennbar, wohl aber die Notwendigkeit eines Führungswechsels in Rechtsgrundlagen und Personalien. In dieser Zeit begannen unsere Versuche, zu einer Kooperation mit den Sozialdemokraten zu kommen und zwar auf der Grundlage echten Vertrauens und politischer und moralischer Zielangleichung. Erfolgreich bemühte sich Wilhelm Flügge zunächst darum, Einzelgespräche zustande zu bringen: zunächst zwischen Knebel und Möllendorf, einem geistreichen, hochgebildeten Politiker, - aber einem schwierigen Gesprächspartner, der schließlich von Knebels vertraulicher Lebhaftigkeit überwunden wurde.

Ebenso glückte eine Unterhaltung mit Bachem, Gewerkschaftler und Vertrauensmann von dem bekannten Legien. Als B. 1934 aus dem KZ herausgeholt werden konnte, nahm ihn Knebel zu sich nach Friedrichsdorf.

Als der Gelehrte und Politiker Cohen-Reuss 1933 das Land verlassen mußte (offenbar wegen seiner jüdischen Abstammung), schrieb er einen Brief an Knebel, daß er noch 20 Flaschen guten Rheinweins habe und sie dem schicken wolle, der ihm am nächsten stünde. Das wäre der pommerische Junker Knebel. Und da wären die Pullen!

Ob Flügge in seinen Betrachtungen übertreibt, wenn er den Abmarsch der Gewerkschaften in das monarchistische Lager als gegeben annimmt, kann ich nicht beurteilen. Sicher ist indessen, daß, - nachdem auf beiden Seiten die Schlagworte und Gewohnheitsvokabeln verschwunden waren, - die Frage der Monarchie nicht als Regierungsform, sondern als Rechtssicherung und zwar als allein wurzelechter Rechtsschutz behandelt wurde. Von militärischer Seite wurden diese Vereinbarungen vor allem vom General v. Hammerstein gebilligt und unterstützt.

Für den Februar 1933 wurde die Bildung des Kabinetts Schleicher vorbereitet. Die Frage der Ressortverteilung wurde als zunächst überflüssig nicht behandelt. Als Inhaber von Ämtern wurden Möllendorf, Knebel, Andree, Flotow und Bachem in Aussicht genommen.

Es kam aber alles ganz anders. Es gab zwar ein Kabinett Schleicher, aber seine Kanzlerschaft dauerte knapp zwei Monate.

Von den genannten Persönlichkeiten wurde niemand Minister. Der Innenminister Schleichers war m.E. Braacht. Alsdann brachten die Wahlen den Sieg der Nazis, die sogen. "Macht-ergreifung". Aus!

Möllendorf war Unterstaatssekretär, - wahrscheinlich im Wirtschaftsministerium. Hinter ihm stand Rathenau. Bachem war wahrscheinlich christl. Gewerkschaftler und Beauftragter des großen Gewerkschaftsführers Logien, dessen Verbindung mit Stinnes eine beachtliche Rolle spielte. Flotow war Min.-Rat im Preuß. Handelsministerium, eine besonders geschätzte Persönlichkeit, die später in eine der großen Banken überwechselte.

25-318-60
28
Zitzewitz -
Mutterin

Gördeler.

Die sachlich und zeitlich anstrengende Arbeit in der Landwirtschaftlichen Haupttreuhandstelle legte einen sanften Schleier über die beängstigenden Vorgänge der Außenwelt. Meine freundlichen Unterrichter waren Hardenberg und vor allem Gördeler in zahlreichen Besuchen. G. war unzweifelhaft ein bedeutender Mann mit festem Glauben an seine Berufung und großem Einfluß auf die Generäle, insbes. auf Beck.

Von innerer Verwaltung verstand er eine Menge und war auf diesem Gebiet ein guter Architekt für solide Bauten mit etwas zu großen Fenstern nach außen. Sein Typ: zuverlässig durch alle Schichten der Prüfung einer gefährlichen Zeit.

Sein Fehler war die Neigung zur ausgedehnten Plauderei und die damit verbundene Unvorsichtigkeit. Dankbar hörte ich, daß er sich entschlossen hatte, meinen Corpsbruder Peter York als Staatssekretär in das Kanzleramt zu übernehmen. York hatte Geschick und Schwung beliebig zu vergeben. Im übrigen schienen mir Gördelers personelle Dispositionen reichlich frühzeitig zu sein. Führenden Persönlichkeiten, die liebenswürdig schweigen, bringt man erheblich größere Hoffnungen entgegen als dem kameradschaftlichsten Unterhaltungsschwung.

Als er mich eines Tages fragte, ob ich das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft übernehmen wolle, lehnte ich mit der Begründung ab, daß mir ein hinterpommerscher Großgrundbesitzer in die voraussichtliche Kombination nicht recht hineinzupassen schiene. Gern aber würde ich die Selbstverwaltungsseite der Landwirtschaft betreuen.

Auf seine weitere Frage, wer nach meiner Ansicht für den erwähnten Ministerposten geeignet sei, schlug ich Packe vor, - als Ersatz den Prof. Woermann in Halle. Gördeler hielt mich offenbar für nicht zurechnungsfähig. Es kam zu einer stürmischen Auseinandersetzung, in der ich den Standpunkt vertrat, daß der Sieg über Hitler mit der Beseitigung der Trennungslinie zwischen den Parteien verbunden sein müsse, weil Leistung und Eignung in Zukunft über den Formal-quatsch der Parteilisten zu stellen seien. Gördeler wurde nachdenklich, war aber nicht überzeugt.

In den Vernehmungen nach seiner Gefangennahme hat G. diese Auseinandersetzung in allen Einzelheiten dargelegt. Damit hat er mich vor dem Tode durch Urteil des Volksgerichtshofs bewahrt. Daß mich der Tod noch einmal hart streifte, als die SS-Verbrecherbande die Gefangenen in der Lehrter Straße umbringen wollte und zum Teil erledigte, wird noch dargestellt.

Gördeler, wahrscheinlich die bestunterrichtete Persönlichkeit, äußerte sich wiederholt über die Notwendigkeit der Beseitigung Hitlers, - aber die Frage, wie und von wem, ist nie erörtert worden. Ich bezweifle, daß G. von den Plänen im einzelnen etwas wußte. Wenn ich in dieser Beziehung irgend welche Kenntnisse gehabt hätte, wären nicht einmal einzelne Silben den Schallwellen anvertraut worden. Daß eine politisch peinliche Frage auch mit einem Kopfnicken beantwortet werden kann, lernte ich in dieser Zeit von einem der besten Generale, die wir hatten.

Gördelers Neigung zum Detail einschl. Aschbecker und Kleiderbürste im Zukunftsbüro eines Auserlesenen war oft Gegenstand freundlicher Neckereien. Das vor einiger Zeit erschienene Buch "Beck und Gördeler" bestätigt und unterstreicht meine derzeitige Besorgnis. Wer konnte in der damaligen Blitzperiode Denkschriften von mehreren hundert Druckseiten verfassen, - wer konnte sie lesen und wem halfen sie?

v. Knebel-Doeberitz
Friedrichsdorf
b/Falkenburg i/Pom.

den 26. Februar 1931

Institut für Zeitgeschichte C-IV	
Akz. 4703/71	Best. ZS 318
Rep.	Kat.

Sehr verehrter Herr v. Schleicher!

In Verfolg unseres Briefwechsels möchte ich zu der jetzt vom Kabinett angenommenen Osthilfe und dem neuen Agrarprogramm folgendes sagen:

Das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen der Landwirtschaft insbesondere der unter schlechteren klimatischen und Absatzverhältnissen arbeitenden Ostdeutschen ist seit 1924 niemals wirtschaftlich tragbar gewesen.

Die deshalb steigende Verschuldung ist mit dem Ausbluten eines Körpers vergleichbar und wird von Monat zu Monat gefahrdrohender.

Der Heilungsprozeß wegen allgemeinen Verfalles aber immer schwieriger.

Jede Verringerung der Ausgaben oder Vermehrung der Einnahmen ist ein Hilfsmittel zur Heilung.

Die Osthilfe ist angesetzt auf einen Punkt der Ausgaben-seite, - Verringerung der Zinslast -.

Die verschiedenen Agrarprogramme des letzten Jahres sind im wesentlichen angesetzt auf Vermehrung der Einnahmen-seite.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, daß der gegenwärtige Osthilfe-Entwurf beeinflusst ist von den Gedanken, die wir im sogenannten Pomm. landw. Provinzialwirtschaftsrat, dessen Leiter der Kottower Zitzewitz ist, seit Jahren entworfen haben.

Wir rechnen es dem Herrn Reichskanzler sehr hoch an, daß er es fertig gebracht hat, - entgegen allen früheren diesbezüglichen Regierungsmaßnahmen, - den wesentlichsten Teil unserer Vorschläge zu übernehmen, der darin besteht, daß den Grundstock der Umschuldung die Gelder der Industrieumlage bilden, die also fast zinslos weitergegeben werden können.

Ich glaube, ich habe Ihnen früher schon einmal vorgebracht, daß mir im Gegensatz zu vielen anderen Kreisen der Landwirtschaft das Rubenlassen der Rentenbankzinspflicht falsch erschiene, da ich aus diesen Geldern das beste Umschuldungskapital, weil dem Gedanken der Selbsthilfe am meisten entsprechend, konstruieren wollte. (Kapital, das dem obigen Industriekapital gleichgeschaltet wäre.) Selbstverständlich das Aufkommen verwendet getrennt nach Betriebsgrößen, damit nicht der Bauer den Großgrundbesitz entschuldet.

Im übrigen aber fürchte ich, daß die Erfolgsaussichten der Osthilfe unter den gegenwärtigen Umständen beschränkt sein werden. Einmal wird sie zu einem sehr großen Teil gehandhabt von einer in der Praxis wenig erfahrenen Ministerialbürokratie.

Es ist dies ein Punkt, der zweifellos die Schuld trägt, daß so viele noch so gutgemeinte Regierungsmaßnahmen nicht vorwärts kommen, denn im Gegensatz zur Militärverwaltung rekrutiert sich die Bürokratie in den Reichsministerien durch den unglückseligen Dualismus nur zum allerkleinsten Teil aus Männern, die in der Praxis gestanden haben. Vom jüngsten Assessor bis zum Ministerialdirektor sitzen die Herren in den Ämtern und so ist es fast unmöglich für sie, sich noch klare Vorstellungen über Verlauf und Auswirkung der gesetzlichen Maßnahmen zu machen, um so mehr, als sie überlaufen werden mit sicherlich wohlgemeinten, aber in ihrer Mehrzahl doch nur unter sehr engen Gesichtswinkeln entstandenen Vorschläge aus der Praxis, oder, was noch bedenklicher, die, häufig ausländische, unter ganz anderen Bedingungen gemachte Erfahrungen auf die deutschen so besonders schwierigen Verhältnisse zu übertragen belieben. (Baade, Schändler, Brand)

Was sich aber als schwerwiegendste Hemmung für die Durchschlagkraft der Osthilfe auswirken wird, ist der Umstand, daß die hier im Osten allmächtige Preußenkasse bewußt gegen die jetzige Kabinettslösung wirken wird.

Es ist dies ja menschlich durchaus erklärlich, denn Klepper hat nun einmal sein Ziel: "Zerschlagung des Großgrundbesitzes" abgesteckt.

Nicht in der Form, daß er alles siedeln will, (die diesbezüglichen engen finanziellen Möglichkeiten sieht er durchaus) wohl aber (das hat er mehrfach erklärt) möchte er sehr wesentliche Teile des im privaten Besitz befindlichen Großgrundbesitzes überführen in die öffentliche Hand, und da die Domänenpächter hier zu Lande zu den notleidendsten aller Landwirte gehören, so ist der Gedanke der Bewirtschaftung durch die öffentliche Hand eines seiner Programmpunkte. D.h. also, sozialisieren mit allen ja genügend bekannten verhängnisvollen finanziellen Auswirkungen.

Dem Klepper'schen Ziel steht nun der Umschuldungsgesetzesentwurf des Kabinetts absolut entgegen, denn er will ja die zwangsweise Veräußerung der Betriebe, die Klepper, um seinen Plan zu verwirklichen, braucht, verhindern. Das Kernstück des Entwurfs bedeutet Entschuldung, d.h. Besitzbefestigung, Dinge, die den Klepper'schen Plänen, wie gesagt, direkt entgegenarbeiten.

Und trotzdem ist es leider nicht gelungen, die Preußenkasse oder, besser gesagt, Herrn Klepper bei der Ausführung des Osthilfegesetzes auszuschalten, denn die im neuen Gesetz auch weiter verwendeten Landstellen bleiben nach wie vor maßgeblich seinem Einfluß offen.

Denn in diesen Landstellen hat Klepper seine Leute verankert, Leute, die, soweit ich sie kenne, über ein gutes technisches Können verfügen, Leute, die aber in seinem System hochgewachsen sind, und die er auch, soweit ich unterrichtet bin, weiter zusätzlich besoldet. Sie werden verstehen, sehr verehrter Herr v. Schleicher, daß unter diesen Umständen, nämlich durch das Zusammenwirken der Bürokratie einerseits und der im Ziel entgegengesetzten Klepperbeamtenschaft andererseits, der praktische Erfolg des Osthilfegesetzes trotz der anfangs erwähnten Vorzüge, die es enthält, leider in Frage gestellt werden kann.

Hinzu kommt besonders, daß der wirtschaftliche Verblutungsprozeß durch das Versagen der Schiele'schen zwar sehr zahlreich, aber für den Osten niemals wirkungsvollen Operationen des letzten Jahres einen derartigen Fortschritt gemacht hat, daß der Prozentsatz der sogenannten nicht mehr umschuldungsfähigen Betriebe sich in nunmehr geradezu lawinenartigem Umfange vermehrt hat. Die Erlöse aus der vergangenen Ernte waren, da Weizen hier im Osten nur in ganz geringem Umfang in weiten Strecken überhaupt nicht angebaut werden kann, so gering, daß sie nicht annähernd zur Deckung der Ausgaben bis zur neuen Ernte ausreichen. Da Kreditmöglichkeiten kaum mehr vorhanden sind, so sind viele Betriebe zum Verkauf von Nutzvieh gezwungen, um Löhne usw. zu bezahlen, sodaß, wenn die Taxe nach dem neuen Osthilfegesetz im Sommer kommt, der Wert des Gutes schon allein wegen ungenügenden Viehbesitzes sich verringert.

Noch viel schwerwiegender fällt aber in die Waagschale der Umstand, daß die Taxen der Bonitäre ja doch nur gemacht werden können auf Grund der gegenwärtigen Produktpreise, alles andere bedeutet praktisch eine Bilanzfälschung. D.h., wenn ein Betrieb so und so viel Ctr. Getreide, Kartoffeln, Schweine, Rindvieh oder Liter Milch verkauft, so konstruiert man daraus die Summe der Einnahme, und aus dieser Einnahmesumme errechnet sich naturgemäß der Wert des gesamten Objektes.

Diese Einnahmesumme aber hier im Osten liegt jetzt etwa 25 % unter der vorjährigen und dementsprechend müßten also auch die Taxwerte sich verringern, d.h. das Volumen der nicht mehr umschuldungsfähigen Betriebe steigern, und um diesen Nachweis zu führen, braucht Klepper garnicht böswillig zu sein, denn das ist ja - Sie kennen meine Einstellung - die Schuld von Herrn Schiele, und damit bin ich beim Agrarprogramm angelangt, über das man ja vorläufig lediglich auf Grund der Schiele'schen Reichstagsrede urteilen kann.

Da die Rede ja nur ganz allgemein gehaltene Richtlinien absteckt, so ist es natürlich schwer, dazu im einzelnen praktisch Stellung zu nehmen. Aus einem Satz aber glaube ich zu entnehmen, daß die verhängnisvolle Ursache der Entwicklung des vergangenen Jahres nicht abgestellt werden soll, da er unter den staatlichen Maßnahmen auch die Magazinierungspolitik von Getreide wieder in Aussicht stellt, und wenn er von dem Fragenkomplex des Brotgesetzes spricht, nicht den ja leider bald berückichtigten Beimischungszwang von Roggen zu Weizen in den Mühlen, den ich nach wie vor als einzige Erfolg versprechende Lösung ansehe, erwähnt. Aus diesem Grunde glaube ich nicht, daß durch dieses Agrarprogramm die Rentabilität der Landwirtschaft im Osten hergestellt wird, sodaß auch dieses Programm in seiner Hauptsache wohl leider für den Osten denselben wirkungslosen Weg gehen wird, wie alle seine Vorgänger, wobei ich ausdrücklich betonen möchte, daß der Beweis dafür sich erst bei Abwicklung der neuen Ernte im September ergeben kann.

Denn wenn jetzt im Frühjahr die Roggen- und Haferpreise steigen sollten, so hilft dies der Mehrheit der Betriebe nichts mehr, für die wird es auch in Zukunft ankommen auf die Bildung auskömmlicher Herbstpreise. Diese aber kann ich mir durch Magazinierung, die noch dazu so verhängnisvoll teuer für die öffentliche Hand sich auswirkt, bei normalen Ernten nicht denken, ganz gleich, ob die Anbaufläche für Roggen und Hafer sich verringert, denn die außerordentliche Illiquidität und die technische Entwicklung des Dreschwesens wird nach wie vor zu einem außerordentlichen Herbstangebot führen, das nur dann zu auskömmlichen Preisen beseitigt werden wird, wenn entweder die großen Weizenmühlen-Konzerne oder das Ausland an der Getreidebörse als Käufer auftreten.

Auch noch einen weiteren Punkt, den sogenannten Reichsbestellungsplan, aus der Schiele'schen Rede möchte ich erwähnen, denn ich halte es für außerordentlich bedauerlich, wenn der verantwortliche Minister ein derartiges Wort in den Mund nimmt. - Was ist der Landwirtschaft nicht schon alles in den letzten 7 Jahren geraten worden! Ich erinnere nur an die dringende Aufforderung der Regierung im Jahre 1924 zur intensiven Wirtschaft und das Aufdrängen der Gelder, die zu ihrer Einrichtung notwendig waren, mit dem Erfolg, daß diese Gelder dann mit 30 und mehr Prozent verzinst werden mußten, und die damit erzeugten Produkte infolge hemmungsloser Einfuhr nur zu Schleuderpreisen abzusetzen waren.

Oder die Aufforderung, an der auch ganz besonders Schiele im vorigen Jahr beteiligt war, doch ja das Angebot in Getreide im Herbst vorigen Jahres zurückzuhalten und von der sogenannten Bevorschussung Gebrauch zu machen, da die Preise im Winter und Frühjahr steigen würden. Der Erfolg war, daß alle diejenigen, welchen diesen Sirenenklängen folgten, jetzt einen Verlust von mindestens 25 % beim Verkauf haben, und deshalb, verehrter Herr v. Schleicher, werden Sie es verstehen, daß, wenn der verantwortliche Minister von einem "Reichsbestellungsplan" spricht, die Regierung damit eine Verantwortung übernimmt, daß, wenn die entsprechenden Voraussagen im Herbst nicht zutreffen, die Vertrauensbasis weiter schwindet. Sie können meine diesbezügliche Auffassung aus dem Brief an Herrn von Papen, den Ihnen der Reichskanzler schickte.

Einen Vorteil aber der Rede sehe ich darin, daß die in den letzten Veröffentlichungen der "Grünen Front" etwas reichlich agitatorisch aufgezogenen Forderungen auf dem Gebiet der Veredelungswirtschaft den Minister nicht dazu veranlaßt haben, in dieser Beziehung allzu bombastische Versprechungen zu machen.

Ich bitte, mich nicht dahin mißzuverstehen, daß ich eine Hilfe auf diesem Gebiet nicht für dringlich halte. Ich persönlich z.B. habe meinen Betrieb sehr stark auf Veredelung eingestellt, aber was in dieser Beziehung aus der Grünen Front in den letzten Wochen herauskam, hat mir immer den Eindruck gemacht, als ob man dort etwas einseitig ohne Rücksicht auf die Aktivität unserer Handelsbilanz mit den Nord- und Nordweststaaten diese besonders schwierigen Fragen lösen wollte.

Es ist sehr schwer für einen Außenstehenden, die diesbezüglichen inneren Ausgleichsmöglichkeiten mit der Industrie zu beurteilen. Mir wollen diese Möglichkeiten immer etwas aussichtsreicher erscheinen, als die Herren der Grünen Front es darstellen. Denn der häufige Gedankenaustausch, den wir pommerischen Wirtschaftler mit den Führern des Leagnum-Vereins in Düsseldorf über die Fragen pflogen, hat mir den Eindruck erweckt, als ob man auf diesem Gebiet mit der Industrie zusammen kommen könnte. Allerdings ist eine hemmungslose Ausweitung unserer landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft dann natürlich nicht möglich, und wer derartige Vorschläge sich zu eigen macht, - leider scheint mir das sehr stark vielfach der Fall zu sein, - muß allerdings in eine Zwickmühle mit den industriellen Exportinteressen geraten.

Sehr wertvoll erachte ich aber aus dem neuen Agrarprogramm den Teil über die Zinssenkung der genossenschaftlichen Personalkredite und die genossenschaftliche Rationalisierung überhaupt.

Wenn diese Frage so angepackt wird, daß zu ihrer Ausführung wirklich die im praktischen Genossenschaftsleben stehenden Kräfte herangezogen werden und nicht nur die in den Zentralstellen beamtete Genossenschaftsbürokratie, wenn ferner dabei diesen Kräften aus dem Lande auch der nötige Schutz gewährt wird für die von ihnen geleiteten Genossenschaften gegen Strafmaßnahmen der Preußenkasse, in Gestalt

von Kreditkürzungen oder Überziehungszinsen, wenn sie auch an der Preußenkasse die diesbezügliche Kritik zu üben wagen, so könnte aus einer solchen Maßnahme die so verhängnisvolle Lähmung, die Klepper in das Genossenschaftswesen gebracht hat, überwunden werden.

Wenn von dem Anpacken der Realkreditzinsen (für 1. Hypotheken) im Agrarprogramm nicht gesprochen ist, so will ich das nicht kritisieren, weil die Zeit dafür vielleicht noch nicht reif ist. Ich möchte aber betonen, daß alle Kräfte auch auf diesem Gebiet angespannt werden müssen, wenn es gelingen soll, die deutsche Agrarproduktion zu wettbewerbsfähigen Preisen mit dem Ausland herzustellen.

Ich habe, sehr verehrter Herr v. Schleicher, wenn Sie inzwischen nicht die Geduld verloren haben, diesen Brief zu lesen, Ihre Zeit über Gebühr in Anspruch genommen. In drei Worten aber ließen sich diese Dinge nicht beantworten, wenn Sie sich ein ungefähres Bild über meine Stellungnahme machen wollten.

Mit verbindlichsten Grüßen habe ich die Ehre zu sein

Ihr sehr ergebener

gez.: Knebel

v. Knebel-Doerberitz Friedrichsdorf, 20.V.1933

(mit unwesentlichen Kürzungen und
einigen Ausdrucksänderungen!)

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4703/71	Best. ZJ 318
Rep.	Kat.

Lieber Hamster!

(also an Oertzen!)

Bei unserer Unterhaltung mit Achi (also Rohr) neulich Abend konnten wir wegen der knappen Zeit leider nicht die Frage betreffs meiner Amtsniederlegung als Verbandsdirektor ausreichend klarstellen.

Ich bin aber der Ansicht, daß eine solche Klarstellung doch zwingend notwendig ist. Deshalb nehme ich hiermit schriftlich noch einmal zu der Sache Stellung.

Seit dem 5.III. war in den 3 landwirtschaftlichen Hauptorganisationsgruppen -, Landbund - Kammer (D.L.G.) und Genossenschaften der nat.revol. Angriff aus der Gruppe Darré erkennbar.

Im Genossenschaftssektor wurde der Hauptangriff am 20.III. durch die Verhaftung von Hermes eröffnet.

24 Stunden später hatte Euer alter Freund Lünigk (um Hermann Lünigk kann es sich m.E. nicht handeln!) den mundtot gemachten Hermes aus den Bauernvereinen verdrängt, trotzdem er erklärte, "Kriminelles liegt gegen Hermes nicht vor, die Vorwürfe richten sich lediglich auf seine Abmachungen mit Klepper aus dem Jahre 28, durch die er Kleppers Macht gestärkt hat."

Ich habe ihm entgegen gehalten, daß niemand Klepper wirkungsvoller in dem eigentlichen Kampf in den Jahren 29/32 bekämpft hat, wie Hermes, was ja auch durch die Wut Kleppers auf Hermes am besten bewiesen würde.

Heute dürfen wir wohl feststellen, daß diese Defamierung von Hermes die einzige Möglichkeit war, um die Bauernvereine mit dem Landbund auf die Darré-Führung gleichschalten zu können. Mit der Verhaftung von Hermes fiel mir die Verantwortung für die Genossenschaften als stellvertr. Präsident des Reichsverbandes zu.

Da ich in der Gleichschaltungsmanie, wie sie in den letzten Wochen sich ausbreitet hat, nichts erkennen kann, was mir Gewähr dafür zu bieten scheint, daß die Wohlfahrt unseres Vaterlandes sicher gestellt ist, sondern weil ich im Gegenteil darin die allergrößten Gefahren erblicke, die vielfach Unwissenheit, Unerfahrenheit, Größenwahn und Selbstüberschätzung dabei triumphieren, sodaß die Vorteile, die ich auch in revolutionären Akten in keiner Weise leugnen will, bei weitem übertroffen werden von den Nachteilen, die sich ergeben werden, sobald in nüchternem Licht des Tages anstelle des Wollens das Können treten muß.

Weil, wie gesagt, ich so die Gleichschaltung beurteile, habe ich unmittelbar, nachdem ich die Führung des Reichsverbandes übernommen hatte, alle dafür in Betracht kommenden Regierungsstellen über diese meine Auffassung unterrichtet und immer wieder darauf hingewiesen, daß es die Pflicht der Regierung sei, auf dem Verordnungswege schnell und energisch einzugreifen, wenn andere nicht die volle Verantwortung für die später sich ergebenden Mackenschläge tragen wollten.

Ich fand für meine Auffassung, soweit die Genossenschaften in Frage kamen, die Formel: die landwirtschaftlichen Genossenschaften müssen ebenso wie die Banken vor revolutionären Gleichschaltungseingriffen geschützt werden. Sie sind nun einmal für die Verteilung von Produktion und Bedarf der Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung.

Sie sind aber auch mit ihren 1700 Millionen Spargeldern nicht nur für den Kreditbedarf der Landwirtschaft entscheidend, sondern dieses riesige Sparvolumen, das in der Hauptsache zwar kurzfristig angelegt, aber zum größten Teil hoffnungslos eingefroren ist, bedeutet eine ernste Gefahr für die Währungswirtschaft.

Ich gab dieser Formel praktischen Ausdruck dadurch, daß ich den Verwaltungsrat des Reichsverbandes der Genossenschaften zu der einmütigen Stellungnahme brachte, daß - solange in der Angelegenheit Hermes eine Klärung nicht erfolgt sei, wir angesichts der Einstellung der Gegner, daß Kriminelles nicht vorliege, den Präsidentenplatz nicht neu besetzten.

Nach 14 Tagen erklärte mir aber Rohr, - wie ich vermute auf eine Einwirkung von dem inzwischen gleichgeschalteten Reichslandbund, - es ginge nun doch nicht so, wie ich die Dinge behandeln wolle, es müsse im Reichsverband sofort neu gewählt werden, wobei ich dann selbst das Amt übernehmen solle.

Ich entgegnete, daß die Regierung mit allem Nachdruck der Gleichschaltung entgegenzutreten habe, - wir einigten uns, daß die Ersatzwahl für Hermes zunächst noch offen bleiben solle.

Inzwischen werden die Angriffe aus der Front Darré immer heftiger, - und da die Genossenschaften niemals als eine politische Kampforganisation organisiert und zu verwenden sind, so wurde mit jedem Tag, an dem eine klare gesetzliche Stellungnahme der Regierung auf sich warten ließ, meine Gefolgschaft geschwächt, sodaß die Entscheidung über die Frage Hermes in dem dafür zuständigen Gesamtausschuß nicht mehr aufzuschieben war.

Ich setzte daher für den 19.IV. eine Gesamtausschußsitzung an. 8 Tage vorher ließ mir Hermes durch seine Frau und seinen Rechtsanwalt erklären, daß er seine Ämter niederlege, da er nicht die Möglichkeit sehe, wie er sie angesichts der Beleidigungen in absehbarer Zeit würde ausüben können.

In der Zwischenzeit waren aus NS-Kreisen und auch im Völkischen Beobachter Stimmen laut geworden, die den Ersatz von Hermes durch den Mecklebb. Ministerpräsidenten Granzow forderten.

Nach einer Aussprache mit Krosigk kam ich zu dem Entschluß, mit Granzow Verbindung aufzunehmen, um ihn gegebenenfalls (er ist Landwirt und alter Genossenschaftler) als Präsident des Reichsverbandes vorzuschlagen.

Ich gebe gern den Fehler zu, den Sie mir neulich Abend vorhielten, daß ich Achi hierüber nicht informiert habe. Ich führe aber zu meiner Entschuldigung an, daß dies alles sich Mittwoch und Donnerstag vor Ostern abspielte, - und da Achi selbst schon 14 Tage früher eine Neuwahl für notwendig erachtet hatte, daß Achi genau wie Krosigk in keiner Weise meiner Auffassung zu jenem Zeitpunkt widersprochen hätte.

Schwerer wiegend ist der Vorwurf, wenn Sie mir sagen, Rohr hätte auf diese Weise überhaupt nicht gewußt, daß die Wahl Mittwoch vor Ostern wäre, denn, - wenn er Kenntnis gehabt hätte, würde er veranlaßt haben, daß Hugenberg erschienen wäre, wodurch die Dinge einen anderen Verlauf genommen hätten.

Ich gebe durchaus zu, daß hier zweifellos eine Möglichkeit gelegen hätte, die ich versäumt habe, ich bitte aber zu berücksichtigen, daß die Einstellung von Rohr und Hugenberg, wie sie nach der Wahl von Darré und wie ich sie weiter unten schildern werde, gewesen ist, und wie sie der Einstellung der vergangenen 4 Wochen entsprach, in mir nicht die Überzeugung festigen konnte, daß ich im Kampf gegen die Gleichschaltung eine Unterstützung von Hugenberg und Rohr zu erwarten hatte.

Ich glaube, lieber Hamster, daß man rückschauend doch wird zugeben müssen, daß erst mal das Kind in den Brunnen fallen mußte, oder, - daß man vom Rathaus klüger zurückkommt, - womit ich aber nicht meinen Fehler leugnen will.

Ich selbst glaubte in jenen Tagen nur noch eine Möglichkeit zu einer halbwegs vernünftigen Abwicklung bei Schacht zu finden.

Dieser ließ mich am Mittwoch spät abends durch seinen Vicepräsidenten Dreyer bitten, ihm eine ausführliche schriftliche Stellungnahme über meine Auffassung der Gleichschaltungsfrage im Genossenschaftswesen auszuarbeiten, damit er sie sofort mit dem Reichskanzler besprechen könne. Er ließ mir auch weiter bestätigen, daß er meine Auffassung voll und ganz teile.

Dieses Memorandum ist am Donnerstag früh in den Händen der Reichsbank gewesen, und ich habe heute keinen Zweifel, daß es zur gleichen Zeit durch Verrat im Reichsverband auch Darré zur Verfügung gestanden hat, wie auch Darré zweifellos auch davon Kenntnis erhielt, daß ich am Donnerstag vor Ostern mit Granzow Verbindung aufgenommen hatte.

Daraus ergibt sich für ihn und seine machtpolitischen Wünsche am Donnerstag Vormittag sicherlich eine sehr gefährvolle Lage.

Aus dem weiteren Verlauf der Dinge sind dann für die oben angeschnittene Frage meiner Amtsniederlegung als Verbandsdirektor nur die Vorgänge in der Gesamtausschußsitzung wesentlich am Mittwoch nach Ostern.

Sie wissen, daß ich mich mit Granzow am Dienstag voll geeinigt hatte und daß trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen Darré den revolutionären Schritt unternahm.

Wiederum erheben Sie an dieser Stelle den Vorwurf gegen mich, daß ich Darré nicht seine Vollmacht, daß er als Bevollmächtigter des Reichskanzlers spräche, abgefordert hätte.

Demgegenüber erwidere ich, daß Darré einmal der offizielle landw. Bevollmächtigte der Partei und damit des Reichskanzlers war (!), sodaß ein Zweifel an seiner Vollmacht m. A. lediglich Theorie geblieben wäre. Ein offizieller Beauftragter braucht schließlich keine Vollmacht. Da das Wahlgremium zu 90 % aus genossenschaftlichen Beamten bestand, hätte man mich bei einer Abstimmung über die Frage der Berechtigung Darrés im Stich gelassen.

Ich mußte davon um so überzeugter sein, als ich schon in der vorhergehenden Verwaltungssitzung bei Vorlage einer kurzen, in keiner Weise provozierenden, sondern nur würdigenden Erklärung zum Falle Hermes aus Sorge vor Beanstandung seitens der Partei von allen, - außer der Stimme des alten Verbandsdirektors Nolten aus Frankfurt a.M. -, im Stich gelassen worden war.

Ich wußte also, daß ich nicht einmal auf eine Kampfunterstützung seitens des alten ordentlichen Brandenstein, oder des famosen Stauffenbergs zu rechnen hätte, daß vielmehr alle absolut vor dem außerordentlich schroffen Auftreten von Achis Freunde Lünigk schwiegen, der später, als ich Darré auf das Satzungswidrige seines Vorgehens hinwies, von Zwirnspfadestolperer usw. sprach.

Ich gebe auch hier wieder zu, daß ich das Einzige, was noch zu machen war, nämlich Rohr und Hugenberg zu holen, veräußerte, die aber sicherlich in diesem Moment nicht mehr die Unterstützung der Versammlung bekommen hätten, sondern lediglich die Versammlung auflösen konnten, um dann die Frage des offenen Widerstandes gegen die Politik Darrés, um die ich 4 Wochen lang vergeblich gebeten hatte, in den Tatsachenbereich zu überführen.

Daß es aber praktisch zu einem derartigen Widerstand in diesem Augenblick nicht gekommen wäre, geht für mich, lieber Hamster, daraus hervor, daß, - wie Sie wissen, - als ich 1/2 Stunde später zu Rohr ging, dieser mir erklärte, daß meine Auffassung, daß ich nunmehr auch in Pommern zurücktreten müsse, richtig sei, - wie er selbst sich übrigens auch mit Rücktrittsgedanken befasste, weil es wahrscheinlich das Richtige sei, wenn man Darré jetzt alle Ämter überließe, damit die Unsinnigkeit dieses riesenhaften Gleichschaltungsaufbaus klar zu Tage träte.

Achi schrieb über diese Unterhaltung am 5.V. mir folgendes:

"Als wir uns das letzte Mal sahen, bejahte ich Ihren Gedanken der Amtsniederlegung. Ich muß Ihnen melden, damit kein Mißverständnis entsteht, daß ich sofort, als ich Ihre Verhaftung (!) erfuhr (Verhaftung also kurz vor dem 5.V.1933!), meine Stellungnahme völlig änderte und jedem gesagt habe und auch schriftlich habe verbreiten lassen, daß nunmehr die Lage vollkommen anders sei, und jeder auf seinem Platz zu bleiben habe."

Ich glaube, lieber Hamster, daß Sie bei objektiver Prüfung der Frage, welche Handlungsmöglichkeiten für mich vom Mittwoch Mittag bis Donnerstag Mittag bestanden, mir zugeben werden, daß ich jedenfalls keinerlei Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Regierung mehr sehen konnte.

Über diese Lage haben wir am Mittwoch Abend und Donnerstag früh in Gegenwart von Schultze oder Seher eingehend verhandelt.

Ich habe Ihnen meine Auffassung dahingehend eindringlich zum Ausdruck gebracht, daß es n.A. nach nunmehr Pflicht sei, meine Ämter nieder zu legen, denn gegenüber einem Reichsverband, der auf der ganzen Linie gegen mich persönlich eingestellt sei, gegenüber einer Regierung, die meinen 4-wöchentlichen Kampf in keiner Weise unterstützt hätte (ich möchte nur nebenbei erwähnen, daß das Reichsernährungsministerium mir sogar die etatsmäßige Unterstützung von 100 000 Mk für den Reichsverband Anfang April in Frage gestellt hatte), angesichts der Tatsache, daß Achi selbst mir zum Rücktritt riet, es nach meiner Überzeugung die Frage des Niederlegens oder nicht, nicht mehr eine Frage des sachlichen Nutzens, sondern des persönlichen Ehrgeizes sei.

Aus ehrgeizigen Gründen hielt ich mich nicht für berechtigt, die mir anvertrauten genossenschaftlichen Organisationen kämpfen zu lassen.

Bei diesem Kampf nur um meine Person wären zweifellos zahllose genossenschaftliche Beamte und Vorstandsmitglieder in einen schweren Gewissenskonflikt geraten, der sie entweder zu Lumpen gemacht, oder um ihre Stellung gebracht hätte.

Daß Achi zu jener Stunde, als ich diese Entscheidung zu fällen hatte, seine Stellungnahme ändern würde, ist mir während des ganzen Donnerstag-Vormittags, an dem ich mein Rücktrittsschreiben noch zurückhielt, nicht bekannt geworden, und er hat ja auch erst nach meiner Verhaftung am Donnerstag Mittag seinen Standpunkt geändert.

Lieber Hamster, Sie wissen, daß Sie mir von allen Kampfgenossen am nächsten stehen. Sie wissen, daß seit der Nacht von Harlebecke zwischen uns ein unzerreißbares Freundschaftsband besteht, das sich nun seit bald 20 Jahren bewährt hat, wenn es auch oft durch gegensätzliche Auffassungen im politischen Kampf auf das Äußerste angespannt war,

denn eigentlich wirft ja einer dem anderen von uns beiden immer vor, daß er ein politischer Idiot sei. Aber weil dieses unzerreißbare Freundschaftsband zwischen uns besteht, mußte auch dieser Brief geschrieben werden.

Er wird Sie nicht überzeugen, und ich weiß auch, woran es liegt. Sie sahen mich an dem bewußten Mittwoch Abend und Donnerstag Vormittag in der Lage eines um die Frage seiner Abdankung ringenden Monarchen, der auf den Stufen des Thrones zu sterben hat.

Ich sah und sehe mich als der gewählte Genossenschaftsführer, der niemals die Genossenschaften in den Kampf um mein persönliches Schicksal führen durfte.

Ich sah den Rubikon gefüllt mit Größenwahn und Ehrgeiz, wenn ich Ihrem Rat gefolgt wäre.

Sie, lieber Hamster, Sie verstehen das recht, wenn ich sage, und wenn es auch vollkommen größenwahnsinnig klingt, - sahen für die Genossenschaften die größte Gefahr, wenn in diesem Moment der Führer abtrat.

Gebe Gott, daß die Zukunft beweist, daß meine Auffassung die richtige war.

Nun sien Sie herzlichst begrüßt

von Ihrem immer getreuen
gez.: Knebel

Zur zeitlichen Klarstellung der Zusatz:

Am 30.I.1933 war Hitler durch Hindenburg auf "legalem" Wege Reichskanzler geworden.